

Gespräche über Polen und Deutschland

2. Teil

Albrecht Lempp:

In unserem Nachmittagsgespräch geht es um den Blick auf Deutschland und ich hoffe, dass es genauso aufgeweckt und interessant weiter geht, wie es heute Mittag begonnen hat.

Ich darf kurz die Teilnehmer vorstellen: Kazimierz Wóycicki, der hier Dozent an der Universität Warschau ist, ansonsten aber seiner Arbeit in Stettin nachgeht und manchen von Ihnen sicher noch in Erinnerung ist als Chef des Polnischen Instituts in Leipzig. Dann Piotr Buras, der aus Warschau kommend einige Zeit am Willy-Brandt-Zentrum in Breslau war und nun, wenn ich nicht falsch informiert bin, in Krakau sitzt. Sie kennen ihn alle aus den Kommentaren, den Berichten, den Analysen in der Presse und im Fernsehen. Als dritter ist mit dabei Klaus Bachmann, der heute schon als Feuilletonist der Breslauer Ausgabe der *Gazeta Wyborcza* erwähnt wurde. Neben seiner Arbeit an den Universitäten Warschau und Breslau publiziert er als Deutschlandspezialist viel in polnischen Zeitungen.

Wir beginnen gleich, da einige schon gegen 16.00 Uhr diese gastfreundliche Stadt verlassen müssen, und fangen mit Kazimierz Wóycicki an, der uns erzählt, worüber er enttäuscht ist, wenn er an Deutschland denkt.

Kazimierz Wóycicki:

Ich habe meinem Statement den Titel „Deutschland – worüber ich enttäuscht bin“ gegeben. Warum? Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre kam es in den deutsch-polnischen Beziehungen zu vielen positiven Veränderungen, und es wurden große Hoffnungen geweckt, dass uns das alles zu einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft führen würde. Die Frage, die sich stellte, war, ob nun, nach den deutsch-polnischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts, die voll von Dramen und Tragödien waren, eine Art Katharsis eintritt, die in eine enge Zusammenarbeit, von ganz neuer Qualität, münden würde. Ich gebe offen zu, dass auch ich eine solche Hoffnung hegte. Es war natürlich von Anfang an klar, dass es auch solche Beziehungen geben könnte, die einzig korrekt sind und die ein ständiger gegenseitiger Argwohn und ein „Schluckauf“ der Vergangenheit charakterisiert.

Mir scheint – und das sage ich mit Bedauern –, dass in den deutsch-polnischen Beziehungen nach diesen Jahren, obwohl es in ihnen zu einem Umbruch gekommen ist und sie besser sind, als nur korrekt, trotz aller nachvollziehbaren Spannungen, und, was immens wichtig ist, dass wir gemeinsam in der EU sind, die großen Hoffnungen vom Beginn der neunziger Jahre nicht erfüllt wurden. Heute ist eine erneute Kraftanstrengung im gegenseitigen Dialog nötig. Falls diese Diagnose zutrifft, ist es angebracht zu überlegen, weshalb es so gekommen ist.

Meiner Meinung nach wurden erstens die Unterschiede in der Mentalität auf beiden Seiten nicht berücksichtigt. Ich versuche kurz zu erklären, was ich meine, wenngleich ich mir dessen bewusst bin, dass dies eine bedeutend längere Untersuchung erfordern würde.

Allgemein gesagt waren die Polen in diesem Dialog gewissermaßen zu „höflich“. Das soll kein Kompliment sein. Oft beruht diese polnische „Höflichkeit“ darauf, dass man ungenau über seine Anliegen spricht, auf den guten Willen des Partners zählt und erwartet, dass er von sich aus versteht, worum es uns geht, als dass wir ihm das einfach direkt sagen sollen. Die Polen erwecken den Eindruck, dass sie ihre eigenen Interessen erst dann erkennen, wenn diese von anderen in Frage gestellt werden, dass sie ihre politischen Ziele nicht ausreichend präzisieren und dass sie Konflikte, anstatt sie zu benennen, verwischen. Hingegen versteht die deutsche Seite diese polnische Eigenheit und Art, Verhandlungen zu führen, ausschließlich als Schwäche. Die Deutschen wiederum wollten nicht mehr über Polen lernen, sogar wenn sie ihm gegenüber Sympathie bekunden wollten, und haben sich somit ihren Paternalismus im Endeffekt nicht abgewöhnt. Sie erkannten nicht, dass sich die, obwohl so höflichen Polen letztendlich als harte Verhandlungspartner erweisen können. Die Deutschen scheinen die Polen ununterbrochen zu belehren, und es wäre vielleicht auch nichts Schlimmes dabei, wenn sie bereit wären, sich die kritischen Bemerkungen der Gegenseite anzuhören. Mir kommt vor, dass sogar Polen gegenüber sehr freundschaftlich gesinnte Deutsche sehr verwundert sind, wenn ein Pole die deutsche Politik kritisiert, anstatt zuzuhören, was man ihm rät.

Man kann es für einen Anachronismus halten, dass es heute in erster Linie die Geschichte zu sein scheint, die eine gewisse Krise in den gegenseitigen Beziehungen auslöst. Aber es ist vielleicht kein Anachronismus. Erstens ist jede Diskussion über die Geschichte in einem gewissen Sinn eine Projektion der Zukunft, und zweitens erscheinen manchmal auch ganz aktuelle politische Streitigkeiten in einem historischen Kostüm, was ihrer Seriosität und Aktualität keinen Abbruch tut. Im deutsch-polnischen Streit geht es um grundsätzliche

Fragen: um das Verhältnis Europas zu Russland, jenes von Deutschland zum Osten, um das Verhältnis zur Freiheit etc. In solchen Auseinandersetzungen darf die Geschichte nicht ausgeklammert werden. Um die heutige Form dieser Auseinandersetzungen zu verstehen, muss man darüber nachdenken, wie sich die deutsch-polnischen Beziehungen im 19. Jahrhundert entwickelt haben. Heute holen wir die gigantischen Defizite, die das Fehlen eines deutsch-polnischen Dialogs im 19. Jahrhundert hinterlassen hat, nach. Auch die Deutschen sollten sich in dieser Hinsicht kritisch betrachten.

Die deutsche Kultur des 19. Jahrhunderts, eigentlich bis 1945, war antislawisch und sehr stark antipolnisch. Gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte sich diese Tendenz. Es reicht, die deutsche Literatur zu lesen, nicht einmal nur Gustav Freytag. Notabene sollte das letzte Buch von Frau Surynt von der Universität Breslau eine Pflichtlektüre für alle Teilnehmer am deutsch-polnischen Dialog sein, ähnlich wie das Buch von Prof. Orłowski über die „polnische Wirtschaft“. Das Problem ist, dass es in der ganzen Auseinandersetzung mit dem Zeitraum 1933-1945, die eine universale Bedeutung für die doch sehr reife Erinnerungskultur und politische Kultur Westdeutschlands, der ehemaligen Bonner Republik, hatte, keine ernsthafte Diskussion über Polen und über das Verhältnis zu Polen gab. Auch nach 1989 gab es keine einzige Debatte über Polen, obwohl die Deutschen sehr ernsthafte und breite Debatten in den Medien lieben. Polen wurde niemals zu einem wichtigen Thema für die deutsche öffentliche Meinung. In der Zwischenzeit zeigen die Meinungsumfragen, dass, wie sehr sich auch die deutsche politische Klasse um eine neue Haltung Polen gegenüber bemüht, die deutsche öffentliche Meinung, jener durchschnittliche Deutsche und mit ihm der durchschnittliche deutsche Journalist weiterhin die fest verwurzelten Stereotype über Polen pflegen. Das sind Ergebnisse von Meinungsforschungen. Jeder vierte Deutsche antwortet auf die Frage, ob Polen ein Wirtschaftswachstum habe, dass er das niemals glauben würde. In Polen soll heute, laut deutschen Medien, die Demokratie gefährdet sein. Ähnliche Stereotype verblassen ebenso kaum. Dazu kommt außerdem der ganze Ballast der ehemaligen DDR, mit ihrer xenophobischen Einstellung Polen gegenüber, ausgenommen natürlich die herausragenden und klugen, jedoch leider nicht sehr zahlreichen damaligen ostdeutschen Dissidenten und Oppositionellen.

Als Polen der EU erst beitreten sollte, verhielten sich beide Seiten zurückhaltend. Jedoch nach dem Beitritt verloren beide Seiten etwas die Nerven. Im Falle solcher wichtigen Ereignisse wie dem Irak-Krieg und der Ostsee-Pipeline, oder auch solcher zentralen Symbole, wie es das Gedenken an die Zwangsaussiedlungen sein soll, kam es zu keiner ernsthaften deutsch-polnischen Debatte bzw. sie fand zu spät statt. Es gab keine Debatte, aber die deutsche Presse verschrie Polen als unvernünftiges, undankbares Land und die polnischen Politiker als unerfahrene Personen. Betrachten wir das Ganze aber aus einer gewissen Distanz. Denkt man an jenes 20. Jahrhundert und an die Polen und die Deutschen in jenem Jahrhundert, als zwei politische Gemeinschaften, besteht dann der Verdacht, dass die Polen als politische Gemeinschaft radikal weniger vernünftig waren als die deutsche politische Gemeinschaft? Und sollte es sich, im Zusammenhang damit, die deutsche Seite erlauben dürfen, das, was in der polnischen Politik gedacht wird und das, was polnische Politiker tun, zu missachten? Es handelt sich um zwei politische Kulturen mit verschiedenen Erfahrungen. Sie haben ihre Vor- und Nachteile, mir scheint aber, dass sie sich aufmerksam zuhören sollten. Es gibt kein Europa, kein vereintes Europa ohne Deutschland in der Mitte, aber ich denke, es gibt auch kein Europa, kein Bestehen und keine Entwicklung Europas, ohne die gewichtige Stimme Mitteleuropas und im Zusammenhang damit auch nicht ohne einen gewissen Dialog – in diesem Sinne ohne den Dialog Deutschland-Polen, Deutschland-Mitteleuropa. Mir scheint, dass dies in Deutschland nicht ganz verstanden wurde und dass momentan ein Dialog über ziemlich schwierige Fragen unter Schmerzen vielleicht erst entbunden wird.

Ich füge noch eines hinzu. Man kann über laufende politische Ereignisse etc. sprechen, aber was mich an der Politik immer interessierte, war, was ihr zugrunde lag, das tiefe kulturelle Fundament. Man kann es so sagen, dass die Polen in ihrer Politik immer ein Problem mit dem Staat haben, wie man sich ihm gegenüber verhalten soll. Zugleich sind sie eine zutiefst politische Kultur. Wenn wir die ganze polnische Romantik lesen und uns das polnische Ethos näher ansehen; das ist die ganze Zeit ein Kreisen um die Fragen, wie sich das Private zu dem, was öffentlich ist, und zu dem, was politisch ist, verhält. Der Code der deutschen Kultur ist anders, extrem philosophisch, doch die Deutschen werden in ebendieser Philosophie, in dieser wunderbaren tiefgründigen Kultur, mit einem Problem irgendwie nicht fertig – mit dem Problem der Freiheit. Die „Ahnenfeier“ von Mickiewicz ist ein politisches Werk über die Freiheit, Goethes „Faust“ ein philosophisches Traktat über die menschliche Existenz. Ich

meine, dass die Deutschen darüber nachdenken sollten, ob ihnen ein wenig polnische Literatur über die Freiheit nicht gut täte.

Eine Diskussion dieser beiden politischen Kulturen, der Kultur Mitteleuropas, einer auf das Prinzip der individuellen Freiheit gestützten dissidentischen Kultur, und der deutschen Kultur, die über andere Vorteile verfügt, könnte sich als überaus interessant erweisen. Werden wir uns langsam dessen bewusst? Herausragende deutsche Politiker hielten einige Reden darüber, dass die Deutschen ihre Wiedervereinigung der Solidarność-Bewegung verdanken. Das hätte der Beginn einer solchen Debatte sein können, zu der es jedoch nicht kam. Diese Reden wurden nämlich in Warschau anlässlich des Jahrestages des Warschauer Aufstandes, in Danzig, auf der Westerplatte, aber nicht in Deutschland gehalten und waren eigentlich auch nicht an die Deutschen gerichtet. Man sprach den Polen Komplimente aus, stellte aber den Deutschen keine Fragen über ihr Verhältnis zu Polen. Das Thema Polen wurde für die Deutschen niemals zu einer Frage oder einem Problem, und die Bürde des 19. Jahrhunderts wurde nie einer Kritik unterzogen.

Selbstverständlich zerfällt das in viele einzelne Themen. Zum Beispiel: Was enthalten deutsche Geschichte-Lehrbücher? Die Berichte der deutsch-polnischen Schulbuchkommission sagen, dass es darum sehr schlecht bestellt sei. Dass in deutschen Schulbüchern für Geschichte das Material über Russland zu dem über Mitteleuropa in einem Verhältnis von 10:1 stehe. Und dass die polnische Sprache selbst in der Grenzregion überhaupt nicht unterrichtet werde, trotz vertraglicher Bestimmungen über ein Engagement in dieser Sache.

Ist Polen für die Deutschen auf irgendeine Art ein Mittler, um Mitteleuropa zu verstehen? Falls die Solidarność-Bewegung irgendwelche Verdienste für die Wiedervereinigung Deutschlands hat, dann geht es nicht darum, Denkmäler für die Polen aufzustellen. Ein ernst gemeintes Bekenntnis dazu könnte jedoch zur Folge haben, dass es sich lohnt, den Polen zuzuhören, wenn wir heute über Russland und über die europäische Ostpolitik diskutieren. Vielleicht kann es von Nutzen sein, Polen als Mittler in bestimmten Fragen zu behandeln? Machen wir einen Rundgang durch die Buchhandlungen in Warschau und in Berlin. Die Anzahl der Bücher über die Ukraine und Weißrussland oder der übersetzten Literatur steht zwischen den beiden Städten etwa in einem Verhältnis von 1:20. In Polen wurden 5 oder 6 Bücher zur Geschichte der Ukraine herausgegeben und die Ukrainer übersetzt. Die Deutschen

haben eine Geschichte der Ukraine. Die Polen könnten hier ein Partner sein, und man könnte mit ihnen diskutieren. Überhaupt stellt sich die Frage, ob wir die „Sechziger“ und diese unglaublich mutigen Menschen, die es Mitte der achtziger Jahre in der Ukraine gab und die der Perestroika von Gorbatschow einen wirklichen Inhalt gegeben haben, nicht auch in den Kreis derer aufnehmen sollten, denen die Deutschen dankbar sind, dass sich Deutschland wiedervereinen konnte. Aber das hieße, noch tiefer zu blicken. Ein solcher Prozess ist in Deutschland aber nicht zu sehen, wovon ich enttäuscht bin. Ich beobachte an der deutschen Kultur, dass sie Mitteleuropa nicht lernen will. Die Deutschen sind einfach nicht bemüht, den riesigen Teil Europas kennen zu lernen, der zwischen ihnen und Russland liegt.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen verfolge ich ganz gelassen. Meiner Meinung nach geschieht nichts Dramatisches. Die Polen haben einen etwas schärferen Ton angeschlagen. Sie haben gelernt, dass sie etwas weniger höflich sein dürfen, dass sie sogar etwas weniger höflich sein müssen. Nicht immer gelingt ihnen das, denn man muss, auch wenn man weniger entgegenkommend ist, stets diplomatisch und gewandt sein, und es ist schon eine ziemliche Kunst, diese beiden Sachen zu vereinbaren. Dies ruft auch die deutschen unzufriedenen Reaktionen hervor. Die Moral daraus ist vorerst bitter, dass nämlich die polnischen Probleme in Deutschland so lange ignoriert werden, bis in Warschau nicht Geschrei und Krawall losbrechen. Erst dann wird zur Kenntnis genommen, was die Polen schmerzt und was die Polen sagen möchten. Denn wenn sie das normal aussprechen, wird darauf überhaupt nicht geachtet. Ich würde aber sagen, dass es sich dabei einfach um das gewöhnliche Erlernen des Dialogs in Europa handelt, und dass nichts Dramatisches passiert. Allerdings habe ich den Eindruck, dass sowohl die Polen als auch die Deutschen, als Europäer, wertvolle historische Zeit vertun, wodurch eine große Chance verspielt wird. Europa ist überhaupt nicht in einer so guten Verfassung, wie es uns vorkommen mag. Wenn wir uns im Laufe der nächsten 25 Jahre, bis 2025, 2030, nicht um die Ukraine, um Weißrussland erweitern (paradoxe Weise sind die Polen eindeutig für die Mitgliedschaft der Türkei und die Deutschen nicht), und wenn wir eine solche Revolution nicht auch im Denken vollziehen und nicht gemeinsam denken, werden wir dieses Europa wohl verlieren. Die Geschichte, die Historie, ist ein unglaublich dynamisches Element, und wir leben im Auge eines Zyklons. Zurzeit geschieht nichts. Wir hören nur von Problemen mit Erdöl, und vorläufig ist alles in Ordnung, doch in 20 oder 30

Jahren verfällt die Geschichte sicher wieder in ihre Dynamik. Dann können wir uns die Frage stellen, ob wir diese europäische Chance des Dialogs genutzt haben.

Vielleicht haben die Polen keine so guten Diplomaten wie die Deutschen, aber die Polen haben, zusammen mit ganz Ostmitteleuropa, Erfahrungen mit einer Geschichte, die Europa nicht außer Acht lassen sollte. Die Polen haben – das wage ich zu behaupten – nicht weniger historische Vernunft als die Deutschen, und es wäre angebracht, dass auch die Deutschen endlich zu diesem Schluss kommen. Gerade das 20. Jahrhundert sollte eine solche Warnung sein. Ich hoffe, dass in der letzten Phase dieser deutsch-polnischen Streitereien die Vernunft siegt und wir beginnen, uns gegenseitig zuzuhören. Ich sage es noch etwas nachdrücklicher: Ich hoffe, dass unsere deutschen Freunde ebenfalls beginnen, uns aufmerksamer zuzuhören. Vielen Dank.

Albrecht Lempp:

Vielen Dank! Nachdem wir kürzlich eine Nummer der Zeitschrift Osteuropa mit dem Untertitel „Die Kritik der polnischen Vernunft“ hatten, danke ich für diese Kritik der deutschen Vernunft oder manchmal auch Unvernunft.

Unser zweiter Redner ist nun Piotr Buras. Er hat kürzlich, das fand ich interessant, als einer der ganz wenigen Kommentatoren in der polnischen Presse versucht darzustellen, was die Gesten von Bundespräsident Köhler auf der Jahresveranstaltung des Bundes der Vertriebenen eigentlich bedeuten sollten, die hier zu bösen Kommentaren und Reaktionen geführt hatten. Egal wie kritisch, seine Sicht auf Deutschland ist in jedem Falle kompetent. Bitte sehr, Herr Buras.

Piotr Buras:

Der Titel meines Referats lautet „Wird in Deutschland die Geschichte neu geschrieben?“, und das ist tatsächlich ein Problem, das, wie ich meine, heute eine fundamentale Bedeutung hat. Ich bin davon überzeugt, dass sehr viele Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Dialog, insbesondere natürlich auf der politischen Ebene, ihren Ursprung in einer grundverschiedenen Wahrnehmung der deutschen Geschichtsdebatten beziehungsweise der in Deutschland stattfindenden Neubestimmung des eigenen Verhältnisses zur Geschichte haben. Diese Prozesse werden in Polen völlig anders als in Deutschland gesehen. Ich möchte in meinem

Referat auf bestimmte Thesen eingehen, die in der polnischen Debatte über den Wandel des deutschen Geschichtsbewusstseins formuliert werden; dagegen werde ich im Grunde genommen gar nicht über die deutsch-polnischen Beziehungen sprechen, nicht einmal über Polens Platz in diesem deutschen Geschichtsdiskurs. Ich neige zu der Ansicht, die heute bereits von Herrn Schuller und Kazimierz Wóycicki geäußert wurde, dass Polen in diesem Diskurs kaum präsent ist und dass man sich in Deutschland nur in sehr geringem Maße über das Leid bewusst ist, das Polen beziehungsweise den Polen während des Zweiten Weltkriegs zugefügt wurde. Ich möchte jedoch das Problem des deutschen Geschichtsbewusstseins aus einer etwas breiteren, über den bilateralen Rahmen hinausgehenden Perspektive betrachten. In der Tat verändert sich das Verhältnis zur Vergangenheit in Deutschland ganz wesentlich, dabei sollte man jedoch drei Ebenen unterscheiden. Die erste Ebene sind die Einstellungen in der Gesellschaft. Man kann sie mittels Meinungsumfragen untersuchen und zeigen, wie der Wissensstand ist und was für ein Verhältnis die Gesellschaft zu bestimmten Fragen hat. Mit diesem Aspekt beschäftige ich mich in meinem Referat nicht. Die zweite Ebene ist der öffentliche, intellektuelle Diskurs, der meiner Meinung nach von enormer Bedeutung ist, und über den ich hauptsächlich sprechen werde. Der dritte Aspekt ist die Geschichtspolitik, das heißt bestimmte staatliche Aktivitäten, vor allem der Bundesregierung. Darauf werde ich gegen Ende des Vortrags kurz eingehen.

Ich bin wie gesagt der Ansicht, dass sich in Deutschland ein recht grundlegender Wandel bei der Geschichtsbetrachtung vollzieht, der insbesondere das Dritte Reich als zentralen Bezugspunkt im öffentlichen Diskurs betrifft. Man kann sogar davon sprechen, dass die Bedeutung des Dritten Reichs in der öffentlichen Debatte tatsächlich ein wenig relativiert wird. In Polen wird häufig die Ansicht vertreten, dass es in Deutschland zu einer Relativierung der deutschen Schuld kommt, dass durch die Debatte über die Opfer das Bild von der Vergangenheit völlig neu bestimmt wird, dass die Deutschen sich als Opferration sehen wollen und nicht als Täternation, dass eine neue Geschichtspolitik verfolgt wird... Obwohl ich glaube, dass die These, nach der die Bedeutung des Dritten Reiches in der deutschen politischen Kultur relativiert wird, richtig ist, bin ich mit den übrigen Ansichten nicht einverstanden. Den heute in Deutschland stattfindenden Wandel beschreibt, wie ich meine, am besten der Begriff „Pluralisierung des Diskurses“, der von dem bekannten deutschen Politologen Claus Leggewie geprägt wurde. Sie kann so verstanden werden: Während bisher (zumindest in den letzten zwanzig Jahren) das Dritte Reich und der Holocaust

die zentralen, dominierenden Bezugspunkte fast aller deutschen Diskussionen (nicht nur der Geschichtsdebatten) waren, sind sie das heute in zunehmend geringerem Maße. Bei der Betrachtung der Vergangenheit beginnen nun auch andere Narrative zu funktionieren, u. a. die von den deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs, aber auch – möglicherweise vor allem – Narrative zur Geschichte nach 1945. Das zeugt jedoch von keinen besonders negativen Tendenzen, sondern ist das Ergebnis mehrerer Prozesse, die ich kurz – in vier Punkten – darlegen möchte.

Der erste Punkt bezieht sich auf bestimmte Konjunkturen in der deutschen Debatte über die Erinnerung, deren Wechsel sich heute bemerkbar macht. Der zweite Punkt betrifft das Ende der sogenannten Zeit der Zeitzeugen, jener Personen, für die der Zweite Weltkrieg Teil ihrer eigenen Biographie ist. Der dritte Punkt betrifft die Entpolitisierung der Erinnerung an das Dritte Reich in der politischen Kultur in Deutschland. Der vierte Punkt ist das Problem der Historisierung der Nachkriegszeit und deren Folgen.

Der erste Punkt: die Erinnerungskontexte. In Polen wird häufig vergessen, dass die Debatte über die deutschen Opfer des Krieges und der Vertreibung, die die Polen so empört, nicht von ungefähr kommt und bereits die dritte große Diskussion ist, die in Deutschland in den letzten 20 bis 30 Jahren stattgefunden hat. Das ist der Grund für die wechselnden Erinnerungskontexte, von denen die deutsche Historikerin Ute Frevert schreibt. Zunächst richtete sich das Interesse der öffentlichen Meinung in Deutschland auf die jüdischen Opfer des Dritten Reiches. Das war in den Siebzigerjahren, die Fernsehserie „Holocaust“ und schließlich der sogenannte Historikerstreit Mitte der Achtzigerjahre. Die Achtzigerjahre waren also geprägt vom Interesse der Deutschen an dem Unrecht, das sie den Juden zugefügt hatten. Schematisch gesprochen dominierten in den Neunzigerjahren dagegen sehr wichtige Debatten über die Deutschen als Täter dieser Verbrechen. Das war die Debatte über die Verbrechen der Wehrmacht und die große Diskussion über das Buch des amerikanischen Historikers Goldhagen, der die damaligen Deutschen des eliminatorischen Antisemitismus beschuldigte. Das waren sehr wichtige Diskussionen über die Rolle der Deutschen als Verursacher des Zweiten Weltkriegs sowie als Urheber der Verbrechen. Seit Ende der Siebzigerjahre fand also ein spezifischer Erinnerungsboom statt, der von mehreren großen Geschichtsdebatten gekennzeichnet war. Und ganz wichtig: Der nächste, der dritte Akt ist die Debatte über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Nachdem die Deutschen das

Problem des jüdischen Leids sowie die eigene Rolle als Urheber der Verbrechen ausführlich diskutiert haben, wenden sie sich den eigenen Opfern zu. Gleichzeitig ist das nicht der Versuch, sich selbst als Opfertation wahrzunehmen. Das ist eher die Ergänzung bestimmter Debatten, die in Deutschland seit 20, 30 Jahren stattfinden. Das heißt, das ist eine bestimmte Form des Abreagierens – nicht nur emotional, sondern auch intellektuell und politisch – auf die früheren Diskussionen. Natürlich sind jegliche Analogien dieser Art sehr irreführend, aber man kann das bis zu einem gewissen Grad mit der Situation in Polen nach der Jedwabne-Debatte vergleichen. Wir hatten in Polen eine Jedwabne-Debatte, die sehr selbstanklägerisch war, in der die Frage der polnischen Verantwortung, beziehungsweise der polnischen Verfehlungen gegenüber dem jüdischen Volk während des Zweiten Weltkriegs sehr zugespitzt wurde. Danach erfolgte eine Wende hin zu einem affirmativeren Verhältnis zur polnischen Geschichte. In Deutschland ist auch erkennbar, dass man der bisherigen Diskussionen müde ist und ein Bedürfnis hat nach mehr Verständnis und Empathie für das Schicksal der eigenen Mitbürger.

Ich komme zu dem zweiten Punkt. Der zweite Grund für das veränderte Verhältnis zur Vergangenheit in Deutschland, , scheint mir noch wichtiger zu sein. Es ist das Ende der Zeit der Zeitzeugen, das heißt, die Zeit, in der die Generation noch am Leben ist, die sich an den Zweiten Weltkrieg erinnert, geht dem Ende zu. Diese Menschen sterben einfach aus biologischen Gründen. Dieser Generationswechsel hat aber eine fundamentale Bedeutung für die Wahrnehmung der Geschichte und für das Verhältnis zur scheidenden Generation. Das Verhältnis zur Vergangenheit war in der politischen Kultur in Deutschland zumindest in den letzten 20 Jahren von der 68er-Generation bestimmt worden, die mit der Generation ihrer Eltern, das heißt mit der Generation, die sich an den Zweiten Weltkrieg erinnert, einen Krieg um die Erinnerung ausgetragen hatte. Die grundlegende Umwertung in der deutschen Debatte über die Vergangenheit beruhte darauf, dass die jüngere Generation sich gegen die Generation der Väter wandte und ihr die direkte Verantwortung an den NS-Verbrechen zuschrieb. Heute ist das Gegenteil der Fall. In dem Moment, in dem die älteste Generation stirbt, hat die Generation, die früher rebellierte, eher das Bedürfnis, sich zu versöhnen, und einfach mehr Empathie mit dem Schicksal der Eltern und Großeltern. Und zu ihrem Schicksal gehören eben auch die Leiden des Zweiten Weltkriegs. Das erklärt zum großen Teil, warum in der Gesellschaft die Offenheit und das Interesse für das Problem der Deutschen als Opfer des

Zweiten Weltkriegs so groß ist. Interessanterweise zeigen Umfragen, dass bei der jüngsten Generation, der Generation der 20-30jährigen, das Interesse erheblich geringer ist als bei den älteren Generationen. Das bestätigt die These, dass dies hauptsächlich ein Problem der älteren Generationen sei. Wichtig ist auch, dass die Hinwendung zu Familiengeschichten, die auch in der Literatur zu erkennen ist – es gibt eine Menge von Familiengeschichten, Familienromanen –, das Interesse an der Familiengeschichte, nicht zwangsläufig von dem Wunsch zeugt, das Bild von der Vergangenheit neu zu definieren. Diese Herangehensweise ist, Klaus Bachmann hat darüber in seinem Buch geschrieben, sehr individualistisch. Es geht dabei nicht so sehr um das Schicksal der Deutschen als „Opfernation“ des Zweiten Weltkriegs, sondern mehr um die Schicksale einzelner Personen, um eine Betrachtungsweise aus der Perspektive des individuellen Schicksals und nicht des ganzen Volkes. Jedoch auch das birgt gewisse Gefahren: In einem solchen Diskurs verwischen sich ein wenig die Grenzen zwischen Opfer, Täter, Mitläufer usw... Da man aber vor allem auf das Individuum als Akteur der Geschichte und nicht auf die Gemeinschaft (Nation) als Ganzes schaut, ist dieses Bild differenzierter, grau. Eine solche individualistische Herangehensweise erklärt, warum Personen wie Günter Grass, Helga Hirsch oder Ralph Giordano – Personen der deutschen Linken – sich sehr stark für das Problem der deutschen Opfer interessieren, sprich für ein Thema, das früher im Grunde genommen den deutschen Konservativen vorbehalten war. Dass sie sich dieser Thematik zuwenden, bedeutet nicht, dass sie noch dass die gesamte Linke in Deutschland heute einen nationalistischen Blickpunkt auf die Geschichte eingenommen haben und ihr Verhältnis zu dieser Vergangenheit neu definieren. Dieses Interesse hat ganz andere Ursachen: die Behandlung des Bürgers und Individuums als Subjekt der Geschichte und die Überzeugung, dass jedem Individuum Respekt und Beachtung gebührt, wenn es Opfer der Geschichte wurde. Abschließend könnte man sagen, dass im berühmt-berüchtigten Projekt des Zentrums gegen Vertreibungen zwei verschiedene Strömungen zusammentreffen. Auf der einen Seite haben wir es mit der deutsch-nationalen und sogar nationalistischen Sicht auf die Vergangenheit, die Vertreibungen und die deutschen Opfer zu tun, die von Erika Steinbach und einem Großteil der Vertriebenenkreise repräsentiert wird. Auf der anderen Seite dagegen mit dem bereits erwähnten Ansatz, der für „Linke“ charakteristisch ist. Das ist der Grund für die zahlreichen Missverständnisse und Kommunikationsschwierigkeiten dieses Projekts u. a. in Polen. Unglücklich ist auch die Instrumentalisierung des apolitischen Ansatzes der „Linken“ für die Partikularinteressen des Vertriebenenverbands.

Das dritte Problem, das mir für den Wandel der deutschen Einstellung zur Vergangenheit sehr wichtig erscheint, nenne ich die „Entpolitisierung“ der Erinnerung an das Dritte Reich. Es ist so wichtig, weil gerade die Frage der Erinnerung die ganzen Jahre über, sagen wir ab den Siebzigerjahren, insbesondere aber in den Achtzigerjahren, ein Politikum war. Ein Thema, das selbst für die Ausdifferenzierung der politischen Lager wichtig war. Auf der einen Seite die Linke, auf der anderen Seite die bürgerlich-konservative CDU. Die Formen der Erinnerung und die Bedeutung, die man ihr in der öffentlichen Debatte gab, waren in diesen beiden Lagern völlig unterschiedlich. Am wichtigsten ist aber vielleicht, dass die Erinnerung an das Dritte Reich eine Art Gebrauchsanleitung für das politische Handeln war. Aus der Vergangenheit wurden konkrete Lehren für das politische Handeln gezogen. Das betraf zum Beispiel die Außenpolitik: Die deutsche Kultur der Zurückhaltung, das heißt das Widerstreben gegen Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen, ist nur vor dem Hintergrund der Vergangenheit und der Kriege Hitlers zu verstehen. Ein anderes Beispiel ist das Verhältnis zur extremen Rechten. Man war der Überzeugung, dass man sie bekämpfen müsse, damit sich das, was die Deutschen schon einmal in der Vergangenheit durchgemacht haben, nicht wiederholt. Der Antifaschismus, insbesondere in der 68er-Generation, an den Gabriele Lesser erinnert hat, war eine Methode, um gegen die extreme Rechte zu Felde zu ziehen. Aber die Vergangenheit war auch ein Bezugspunkt für die Versöhnungspolitik mit Frankreich, Israel sowie später mit Polen, Tschechien und Russland. Auch den Sozialstaat hielt man für ein Allheilmittel gegen die schreckliche Vergangenheit, man glaubte, dass wenn man den Deutschen sozialen Wohlstand, Sozialfürsorge, garantiere, der Faschismus für immer gebannt wäre. Die Vergangenheit des Dritten Reichs als Fundgrube für Argumente, die in der aktuellen öffentlichen Debatte benutzt werden können, ist meiner Meinung nach ein Auslaufmodell. Diese Art von Politisierung der Erinnerung gehört mehr und mehr der Vergangenheit an. Das hat zwei Gründe. Der erste ist ein neuer Wertekonsens in der deutschen Gesellschaft, insbesondere zwischen den politischen Parteien. Die Frage der Erinnerung an die Vergangenheit ist heute kein Maßstab mehr für politische Differenzen. In dieser Frage gibt es keinen Streit, schon gar nicht zwischen der CDU und der SPD. Mit Ausnahme natürlich der Frage der Vertriebenen und des Zentrums gegen Vertreibungen. Meiner Meinung nach ist dieser Unterschied aber nicht so grundlegend wie noch vor 20 oder 30 Jahren, als man sich z. B. über die Geschichtspolitik Kohls oder den Bau des Hauses der

Geschichte stritt. Dieser Wertekonsens betrifft auch andere Dinge. Es ist kein Zufall dass er während der Schröder-Regierung zustande kam, als man bestimmte Reformen durchsetzte, wie die Legalisierung homosexueller Partnerschaften, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und die Überführung des Umweltschutzdiskurses in den Mainstream der öffentlichen Debatte. Es ist kein Zufall, dass manche deutsche Publizisten behaupten, die deutsche Gesellschaft sei noch nie so im Einklang mit sich gewesen wie heute, trotz all der Spannungen und Probleme. Das hat auch eine ganz wesentliche Bedeutung für Fragen, die mit der Erinnerung verbunden sind. Der zweite Grund, weshalb die Politisierung der Erinnerung an das Dritte Reich ein Auslaufmodell ist, hat mit der Tatsache zu tun, dass die Geschichte als Lehrerin des Lebens nicht mehr den modernen Bedingungen gerecht wird. Es ist immer schwieriger, aus der „schrecklichen Vergangenheit“ irgendwelche grundsätzlichen Schlüsse für die Lösung heutiger Probleme abzuleiten. Joschka Fischer hat noch versucht die Intervention der Deutschen im Kosovo mit dem Argument zu begründen, dass Auschwitz sich nicht wiederholen dürfe, aber später nahm er diese Äußerung selbst zurück, als er sah, dass sie nicht passte. Die Deutschen waren vor allem im Kosovo, weil sie ihre Bündnissolidarität unter Beweis stellen mussten. Die Bündnispartner erwarteten von den Deutschen Hilfe und nicht, dass sie sich auf irgendwelche Einschränkungen beriefen, die historisch begründet waren. Ein anderes gutes Beispiel betrifft die extreme Rechte. Der Antifaschismus ist nicht mehr die zeitgemäße Methode zur Bekämpfung der extremen Rechten, auf jeden Fall kann er nicht die einzige Methode und auch nicht die wichtigste sein. Mit einer antifaschistischen Kampagne allein bewirkt man nicht viel, da die Stärke der NPD und DVU in Deutschland ihre Ursachen vor allem in der Ausgrenzung, in gesellschaftlichen Problemen und in der Arbeitslosigkeit hat und nicht in der Faszination für den Nationalsozialismus begründet ist. Eben in diesem Sinne hat sich die Politisierung der Erinnerung an das Dritte Reich überholt. Wenn es aber um die Beziehungen zu Polen geht, könnte das Bezugnehmen auf die Geschichte natürlich Wirkung zeigen, denn das ist die Erwartung auf der polnischen Seite. Aber in Deutschland herrscht die Überzeugung, dass man in dieser Hinsicht bereits genug getan habe. Die Unterstützung Polens auf seinem Weg in die Europäische Union war ein Element der Versöhnungspolitik mit Polen. Nach Ansicht der Deutschen hat sich die Situation durch die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union völlig verändert. Bezugspunkt für die Politik gegenüber Polen ist heute nicht die

Vergangenheit, sondern die Zukunft, Europa, die europäischen Probleme, daraus werden Hinweise für die Polenpolitik entnommen.

Die Entpolitisierung der Erinnerung hat gewisse Konsequenzen. Sie führte nicht nur zu Schwierigkeiten in den bilateralen Beziehungen mit Polen, sondern hatte auch eine gewisse Lockerung der politischen Korrektheit zur Folge. Kontroverse Äußerungen kommen heute einfacher über die Lippen. Dadurch dass die Erinnerung ihre politische Funktion verliert, öffnen sich die Schleusen, durch die Meinungen und Ansichten in die öffentliche Debatte gelangen, die bisher nicht toleriert wurden.

Der letzte Punkt betrifft bestimmte Tendenzen in der intellektuellen Debatte, die auch mit einem Generationswechsel verbunden sind. Heute scheidet die 68er-Generation aus der Politik aus, die der Begründer des Jahre währenden Konsenses in Sachen Erinnerung war, und zwar eines Konsenses, der eine weitgehende Politisierung der Erinnerung voraussetzte. Die Alternative für dieses Modell der politischen Kultur, das die 68er-Generation verkörperte, ist heute ein neuer Konservatismus, die „neue Bürgerlichkeit“. Über die Bedeutung dieser Strömung lässt sich streiten, sicherlich spiegelt sie jedoch bestimmte Stimmungen in der Gesellschaft wider. Am wichtigsten ist dabei vielleicht, dass das Dritte Reich für diese jüngeren Generationen (die Vertreter dieser Richtung sind 40-50jährige Intellektuelle) nicht der zentrale Bezugspunkt in der Vergangenheit ist. Zum zentralen Bezugspunkt in der Vergangenheit ist die Bundesrepublik Deutschland geworden, das heißt der Zeitraum nach 1945. Nicht zufällig wird heute in Deutschland sehr viel über das Erbe von '68, die Adenauerzeit, die Sozialreformen der Fünfziger- und Sechzigerjahre und über deren Bedeutung diskutiert. Die Nachkriegs-BRD ist bereits genauso Geschichte wie das Dritte Reich, was dazu führt, dass sich das allgemeine Bild von der Geschichte Deutschlands grundlegend verändert hat – ein neues und außerordentlich wichtiges Element ist hinzugekommen. Die Historisierung der Bundesrepublik Deutschland bewirkt eine grundlegende Umwertung des Geschichtsdenkens. Nicht nur dem Empfinden dieser intellektuellen Gurus des neuen Konservatismus, sondern auch eines großen Teils der Gesellschaft nach gibt es in der Geschichte Deutschlands endlich eine Zeit, auf die man stolz sein kann, mit der man zufrieden sein kann. Die Nachkriegszeit ist schließlich eindeutig eine Erfolgsgeschichte: Aufbau der Demokratie, der freien Marktwirtschaft, Modernisierung der Gesellschaft und nicht zuletzt Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. Das verändert die

Sicht auf die Geschichte grundlegend und gibt Anlass, stolz zu sein. Die Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn über Flucht und Vertreibung, die sich vorwiegend auf die Integration der Vertriebenen in die deutsche Gesellschaft in den Fünfziger- und Sechzigerjahren und nicht auf das Leid der Deutschen während der Vertreibung konzentriert, scheint mir hierfür ein interessantes Beispiel zu sein. Vom Gesichtspunkt der deutschen Identität aus ist die erfolgreiche Integration der Vertriebenen nach dem Krieg, die als große Leistung, als großer Erfolg gilt, heute wichtiger als das faktische Leid in den Vierzigerjahren. Auf dieser Ebene knüpft die Vertreibungsdebatte an die Immigrationsdebatte an, die in Deutschland ebenfalls eine wichtige Rolle spielt. Hier gibt es gewisse Analogien. Selbst Horst Köhler hat in einer Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man aus dem Erfolg der Vertriebenen Schlüsse ziehen kann für die Integration der Immigranten heute.

Zuletzt ganz kurz ein paar Worte über die Auswirkungen, die das veränderte Verhältnis zur Vergangenheit auf die Geschichtspolitik hat. Dabei interessiert mich besonders deren außenpolitische Dimension, denn darüber wird auch in Polen am meisten gesprochen. In der Tat ist in Schröders Regierungszeit etwas geschehen, was Helmut Kohl bereits in den Achtzigerjahren sehr gerne getan hätte: Nämlich dafür zu sorgen, dass Deutschland international als gleichberechtigter Partner angesehen wird, der mit den anderen *auf Augenhöhe* spricht, ohne diesen ungeheuren Ballast der Vergangenheit mitzuschleppen. Das war ein Projekt, das Kohl bereits zu Beginn der Achtzigerjahre realisieren wollte. Das Ergebnis war die berühmte Geschichte auf dem Friedhof in Bittburg, wo Kohl sich mit Reagan traf, um den Gefallenen des Zweiten Weltkriegs die Ehre zu erweisen, und er tat das auf einem Friedhof, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS begraben lagen. Dieses Projekt Kohls scheiterte, weil er 20 Jahre zu früh damit begann. Schröder hingegen hat in sehr hohem Maße erreicht, was Kohl nicht gelang. Und zwar aus zwei Gründen. Schröder hatte jene 20 Jahre voller selbstkritischer Debatten über die Vergangenheit hinter sich, von denen ich anfangs gesprochen habe. Zu Kohls Zeit begannen diese Debatten erst, unter anderem als Reaktion auf beziehungsweise Protest gegen seine Bemühungen, das Verhältnis zur Vergangenheit zu „normalisieren“. Der zweite Grund ist, dass Schröder als Mann der Linken und nicht des konservativen Lagers eine größere Glaubwürdigkeit besaß. Dank dieser doppelten Legitimation gelang die „Normalisierung“ des Verhältnisses zur Vergangenheit und wurde auch im Westen größtenteils akzeptiert. Das ist mit Sicherheit Schröders Erfolg, denn

er hat sie durchgesetzt. Das Abwerfen des historischen Ballasts ist in der deutschen Außenpolitik zwar eine Tatsache, bedeutet natürlich aber keinen Revisionismus. Noch ein letztes Wort. Dieser neue Konsens in Deutschland, den es heute in Bezug auf die Vergangenheit zu geben scheint, enthält weiterhin die Erinnerung an den Holocaust und das Dritte Reich als absolutes Fundament der deutschen politischen Kultur. Aber es gibt auch dieses zweite, neue Element – der immer freiere Umgang mit der Vergangenheit als politischer Handlungsanweisung. Und damit geht ein größerer Stolz und ein gewachsenes Selbstbewusstsein einher, weil die Deutschen sich bewusst werden, dass sie auch eine „neue Vergangenheit“ haben, nämlich die Zeit nach 1945. Vielen Dank!

Albrecht Lempp:

Vielen Dank. Tatsächlich war das jetzt über die Zeit, doch wollte ich nicht unterbrechen, da alles für unsere Diskussion wichtig war. Nun ohne Verzögerung weiter mit Klaus Bachmann.

Klaus Bachmann:

Ich glaube, laut Programm sollte ich hier jetzt über den Bund der Vertriebenen sprechen, aber, wie es unser Moderator bereits formuliert hat, sind wir hier unter uns, wie in einer Familie. Ich weiß nicht, ob wir wirklich wie in einer Familie sind, denn ich bin hier freiwillig, in einer Familie aber ist man nicht freiwillig ... Ich will aber nicht über den Bund der Vertriebenen sprechen, da es meiner Meinung nach dazu nichts zu sagen gibt. Ich möchte stattdessen über die Bienenzucht sprechen.

Es gab einmal so einen Imkerverband in Deutschland. Es gibt ihn immer noch. Nach dem Krieg war er sehr wichtig, denn damals brauchten die Deutschen viel Honig. Es gab viele Kinder und man musste sie mit Honig füttern. Viel Honig, um ihn sich ums Maul zu schmieren. Nachdem man eine gewisse Zeit so geschmiert hat, stellten unsere Nachbarn fest, die Deutschen hätten in den 30er Jahren zwar irgendwie furchtbare Dinge getan, aber jetzt seien sie eigentlich schon sehr süß. Nach einer gewissen Zeit änderte sich auch die demographische Situation. Es gab weniger Kinder, und es war auch nicht mehr nötig, Deutschlands Bild im Ausland mittels Honig aufzubessern. Der Imkerverband verlor komplett seine Bedeutung. Darauf versammelten sich die Mitglieder des Verbands in Berlin, um zu beratschlagen, was man tun könnte, damit der Verband weiterhin bestehen kann, obwohl er

eigentlich keinen Honig mehr produziert, es keine Bienen mehr gibt und auch die Königinnen weg sind. Das war eine wichtige Tradition in der deutschen Geschichte. Etwas, was unsere Jugend wissen soll, dass es nämlich einmal so etwas wie eine deutsche Bienenzucht gab. Das sollte in den Schulen unterrichtet werden, denn die Handwerker machen das, die Politiker machen das und auch die Journalisten machen das klarerweise, und deswegen sollten auch die Imker ihren Platz in der Geschichte haben. Und so kamen sie auf die Idee, ein Zentrum für die Bienenzucht zu bauen. So ein Museum, in dem man sehen kann, wie die Imker früher mit den Bienen umgegangen sind, wo sie gelebt haben, wo sie gearbeitet haben, wo sie diese großen Taten für die deutsche Geschichte vollbracht haben und natürlich auch, welche historische Ungerechtigkeiten ihnen widerfahren sind, warum die Bienenzucht in Deutschland zugrunde gerichtet wurde, warum sie heute keine Bedeutung mehr hat, warum es heute keine Imkerpartei mehr gibt, die seinerzeit im Bundestag sehr wichtig war – sie hatte eigene Abgeordnete, zig Abgeordnete, die sich im Parlament nur mit der Bienenzucht beschäftigten ... Heutzutage, könnte man sagen, sind es praktisch nur Einzelne. Sie beschlossen ein Zentrum für die Bienenzucht zu bauen. Dann kam jemand auf die Idee, dass dort auch der Bienen und Bienenstöcke gedacht werden sollte, die auf den Gebieten verblieben sind, die nicht mehr zu Deutschland gehören. Es kam zu einem Krach, denn Politiker aus diesen Ländern, in denen diese Bienen damals herumflogen, protestierten: „Die Deutschen wollen uns jetzt unsere Bienen wegnehmen, unseren Honig an sich reißen und wir müssen dagegen protestieren“. Und jetzt stellt sich die Frage, ob die deutsche Bienenzucht eine Gefahr für die Außenpolitik ist. Natürlich kann man jetzt sagen, dass das, was ich hier mache, blanker Hohn ist, aber da wir hier wie in einer Familie sind, oder so ähnlich, habe ich eine Entschuldigung dafür. Dahinter steckt jedoch ein wirkliches Problem, denn aus Sicht der meisten deutschen Beobachter geht es hier wirklich nur um die Bienenzucht. Es ist die gleiche Art Organisation wie bei den Handwerkern, den Imkern, die eine gewisse Lobby bildet und Politik macht, um ihren Mitgliedern zu helfen, um ihre Interessen zu verteidigen, und auch sie kann für ihre Zwecke eine Argumentation gebrauchen, die wir an den Hochschulen als normativ bezeichnen. Das heißt, eine wertende, eine, die über Werte spricht, auch wenn es meistens in Wirklichkeit ums Geld geht. Jedoch wenn ich sage, mir geht es nur ums Geld, finde ich nur unter jenen Verbündete, denen es um das Gleiche geht. Das heißt um mein Geld, denn wenn es ihnen um ihr Geld geht, werden sie eher nicht mit mir übereinstimmen. Deswegen sagt jeder, dem es um sein Geld geht, es gehe nicht nur ums Geld. Es geht, obwohl das natürlich

nicht so wichtig ist, um ein Ziel, mit dem ich mehr Verbündete gewinnen kann, als wenn ich nur sagen würde, es gehe mir ums Geld. Ich muss also eine Ideologie dazu schaffen. So macht es der Handwerkerverband, so machen es im Moment auch die deutschen Ärzte, die argumentieren, dass es ihnen überhaupt nicht um die eigene Geldbörse geht, sondern darum, dass die Patienten einen vollen Zugang zu den Leistungen haben. Genau so machen es zum Beispiel auch die Bergleute. Sie machen das regelmäßig und sagen, ihnen stünde das zu, da ihre Arbeit so schwer sei und sie so viel geleistet hätten, dass Polen mit der Kohle stehe und falle, und dass wenn man die Bergleute aus den Zechen entlassen würde, die Energiesicherheit des Landes bedroht würde. So konstruiert jede Gruppe, die ihre Interessen durchsetzen will, eine entsprechende Ideologie, mit der die ganze Gesellschaft angesprochen werden soll, um die Anzahl der potenziellen Verbündeten zu erhöhen. Und genau so handelt dieser Verband, über den ich eigentlich nicht reden will. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist, ob er wirklich so gänzlich unwichtig ist, wie ich es vorzugeben versuche, oder ob er tatsächlich eine so große Bedrohung darstellt, wie es einem vorkommen könnte, wenn man beispielsweise die Aussagen polnischer Politiker und der meisten polnischen Medien aus den letzten Monaten liest.

Und hier knüpfe ich ein wenig daran an, was am Vormittag gesagt wurde, als hier sehr viele Begriffe gefallen sind, mit denen ich ein prinzipielles Problem habe. Es beruht darauf, dass sich diese Begriffe auf Kategorien beziehen, die wir alle anerkennen, gleichzeitig aber schreibt ihnen jeder von uns eine etwas andere Bedeutung zu. Und sie haben vor allem eines gemeinsam, dass sie nämlich sehr verwischt sind und sehr subjektiv, auch wenn sie objektiv zu sein vorgeben. Sie sind so allgemein, so universal, dass jeder sich zu ihnen bekennen und sich auf sie berufen kann. Das stiftet Verwirrung. Zu solchen Begriffen gehört zum Beispiel das Wort Vernunft. Oder Höflichkeit. Oder, und hier werden wir bereits sehr philosophisch: Objektivismus. Wenn ich höre, dass Journalisten objektiv sein sollten, läuft mir immer ein kalter Schauer über den Rücken. Ich war zwanzig Jahre lang Journalist, und zwanzig Jahre lang war ich nicht objektiv, und es war in Ordnung. Mir wäre bange, wenn eines Tages der Premierminister meines Landes – Sie dürfen jetzt raten, um welchen es sich handelt – sich in einer öffentlichen Ansprache an das Volk wenden und verkünden würde, die Presse sei jetzt wirklich objektiv. Dann würde ich emigrieren. Es sind alles Begriffe, von denen wir annehmen, dass sie von allen ähnlich verstanden werden, was aber nicht der Fall ist. Die sehr

schwer messbar und sehr unpräzise sind, die sich aber auf irgendeine gemeinsame Ebene beziehen.

Wenn Kazik Wóycicki sagt, dass die Deutschen die Polen ernst nehmen sollten ... Gibt es hier jemanden, der damit nicht einverstanden wäre? Könnten wir uns vorstellen, dass jemand in Deutschland gegen eine solche Aussage wäre? Dass jemand sagen würde: „Nein, die Deutschen sollen die Polen nicht ernst nehmen.“ Niemand würde das sagen, nicht wahr? Also können wir alle damit übereinstimmen, gleichzeitig bleibt aber unklar, was das bedeutet. Man kann jetzt natürlich Beispiele anbringen, dass da und da die Polen nicht ernst genommen wurden, und da und da wurden sie ernst genommen. Und wieder haben wir das Problem: Ist das Glas halb voll oder halb leer? Wir wissen weiterhin nicht, was „ernst nehmen“ heißt. Wir könnten das hier ein wenig deduzieren. Ich zeige das aber an einem anderen Beispiel: In deutschen Lehrbüchern sollte mehr über Polen stehen. Um wie viel mehr? Jetzt gibt es zum Beispiel 8% Information über Polen oder Ostmitteleuropa. Wann würden wir annehmen, dass es genug Informationen gibt – bei 15, 30, 50, 60 Prozent? Das Problem beruht darauf, dass ein solches Lehrbuch nur einen beschränkten Umfang hat. Man kann den Lehrern und den Schülern nicht ein Lehrbuch von 800 Seiten vorsetzen. Wenn wir annehmen, dass ein solches Lehrbuch 300-400 Seiten hat, geht das in Ordnung. Je mehr darin über Polen geschrieben wird, desto weniger über Frankreich oder über Bangladesch oder worüber auch immer. So haben wir daher das gleiche Problem mit Bangladesch, mit Portugal, mit Großbritannien, mit Frankreich oder mit einem andern Land. Wo ist der Maßstab, nach dem wir sagen können, dass es jetzt in Ordnung ist, sodass alle zugeben könnten, dass es jetzt in Ordnung ist. Die Antwort ist einfach: sobald Kazik seinen ersten Artikel schreibt, in dem er feststellt, dass in deutschen Schulbüchern zu viel über Polen steht. Ich bitte um Entschuldigung. Natürlich will ich mich nicht über Kazik lustig machen, doch er brachte gerade so tolle Beispiele. Ich habe vorher Beispiele gesucht, konnte keine finden, jetzt habe ich welche, also vielen Dank! Ich danke für die Inspiration! Dieses Problem gibt es mit allen diesen Begriffen, die ja auch heute Vormittag immer wieder gebraucht wurden, und ich selbst verwende sie wahrscheinlich auch. Es geht nicht darum, sondern um Folgendes: Hier wird klar, dass wir, und ich glaube jeder von uns, schweigend annehmen, dass unsere eigenen Maßstäbe und Wertvorstellungen die richtigen sind. Und tatsächlich können wir dann einen solchen Maßstab heranziehen, dass wir sagen, die Deutschen sollen so mit den Polen reden, dass die Polen sich ernst genommen

fühlen. Das Problem beruht darauf, dass dies im Widerspruch zu den Erwartungen der anderen stehen kann.

Und das ist eigentlich der Kern dessen, was ich sagen will. Nämlich, wenn wir etwas vergleichen wollen, wenn wir solche Formulierungen verwenden wie: „Sie sollen die anderen ernst nehmen“, „sie sollen höflich oder unhöflich sein“, „sie sollen vernünftig sein“ usw., können wir dann immer sagen: „O.k., aber was für Vergleichswerte gibt es hier?“ Sollten sie vernünftiger sein, als sie es früher waren? Sollten sie vernünftiger sein als die anderen? Es sind diese zwei Möglichkeiten, die es gibt. Sie sollten, was aber natürlich im wirklichen Leben praktisch nicht anzuwenden ist. Wir können sagen, dass es ein Ideal des Vernünftigseins bzw. der Vernunft gibt und uns daran halten. Dies setzt aber voraus, dass man es nicht erreichen kann, eben weil wir sagen, dass es ein Ideal ist. Wie kann also unser Maßstab für die Beurteilung, ob ein Verhalten richtig ist oder nicht, aussehen? Mir scheint, das gilt sowohl für einzelne Menschen, wie auch für Staaten, Völker, Gesellschaften, Gruppen usw. Nämlich, ob unsere Umgebung unser Verhalten akzeptiert. Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir uns in den Beziehungen mit nur einem Partner geschickt bewegen können, denn das kann zum Konflikt mit den anderen führen, sondern ob wir uns in einem breiteren Kontext so geschickt bewegen, dass die Mehrheit, oder, man könnte sogar sagen, die absolute Mehrheit, also 95% unserer Partner, Nachbarn, Beobachter usw. dies nicht negativ beurteilen.

Jetzt komme ich zum Ausgangspunkt zurück, zu den historischen Debatten und zur Außenpolitik. Dieses Kriterium war immer schon, auch in Deutschland, gewissermaßen ein Maßstab für die Beurteilung der deutschen Außenpolitik. Kurz gesagt: Als es in Deutschland 1992 oder 1993 eine Reihe von Brandstiftungen gab, als die Asylheime brannten und es sehr viel Gewalt gegen Ausländer gab, kamen die Holländer auf die Idee, massenweise Postkarten an den deutschen Bundeskanzler – es war damals noch Helmut Kohl – zu schicken: „Wir sind sehr besorgt, sehr bestürzt über das Verhalten der deutschen Gesellschaft, und wir verurteilen die rassistischen und gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer in Deutschland“. Interessant ist, dass die deutsche Öffentlichkeit darauf mit gemischten Gefühlen reagierte. Das heißt, es gab welche, die meinten: „Das ist richtig, so denken wir auch.“ Es gab aber auch solche, die sagten: „Das ist ein wenig fehl am Platz, schaut lieber hin, was bei euch passiert.“ Gerade damals passierte in Holland nichts, aber die Reaktion ist immer so. Dafür aber wurde diese Aktion in Holland selbst etwas später ziemlich scharf von der holländischen Öffentlichkeit, in öffentlichen Debatten, kritisiert, als ein Versuch, sich als Richter

aufzuspielen, als eine Autorität, die allein bestimmen kann, wie sich andere zu verhalten haben. Es steht jedoch fest, dass es damals, im Jahre 1992, diese Besorgnis nicht nur in Holland gab. Sie war auch in Polen zu bemerken, auch in Frankreich, in Großbritannien kann ich nicht sagen, aber in einigen im Hinblick auf die geographische Lage oder die politischen Beziehungen wichtigen Ländern waren die Medien, die Menschen und die Politiker der Meinung, dass sich die Deutschen so nicht verhalten sollten und dass etwas dagegen getan werden müsste. Und das ist das Kriterium für meine Beurteilung. Ich muss sagen, dass 1992 die Deutschen böse waren. Die Holländer haben so eine tolle Redensart, auf Polnisch sagt man, etwas sei gut oder böse, sie aber sagen: „Der ist gut und der ist böse“, das ist sehr eindeutig. Damals waren die Deutschen böse. Und jetzt stellt sich die Frage, ob die Deutschen gemäß diesen Kategorien heute auch böse sind. Hier habe ich ein Problem in Bezug auf die Debatten, die in Deutschland geführt werden, sowohl über die Geschichte als auch über das Bienenzentrum in Berlin oder über die deutsche Politik innerhalb der EU. Derzeit höre ich keine solche Kritik außerhalb von Polen, in manchen Angelegenheiten vielleicht auch noch aus Tschechien. Das lässt mich schlussfolgern, dass dieses Problem offensichtlich in Polen liegen muss. Vielen Dank.

Albrecht Lempp:

Herzlichen Dank Herr Bachmann! Von Bienen und anderen Völkern. Ich kann mir vorstellen, dass zuerst wieder Kollegen vom Panel dran sein wollen, um auf oder ihre Vor- oder Nachredner zu reagieren. Gibt es hier Wortmeldungen?

Kazimierz Wóycicki:

Ich will den Thesen von Piotr Buras nicht widersprechen, denn ich halte seine Beschreibung einer veränderten Erinnerungskultur in Deutschland für richtig. Ich möchte jedoch das, was er gesagt hat, ergänzen und vielleicht deutlicher machen. Mir scheint, dass die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sich Ende der Achtzigerjahre nach einer normalen Erinnerung gesehnt haben, sich nicht mehr die ganze Zeit so schrecklich geißeln wollten. Das war in erheblichem Maße das Ziel der Kohl'schen Politik, die auf den Widerstand u.a. vieler deutscher Historiker stieß. Der Streit um das Haus der Geschichte veranschaulicht das hervorragend. Und dann kam die Vereinigung. Zunächst wollte man mit der DDR abrechnen. Die ostdeutschen Oppositionellen wollten mit dem Kommunismus genauso wie mit dem

Nationalsozialismus abrechnen. Kurze Zeit später waren sie jedoch in der Minderheit, und die Geschichte der DDR wurde etwas anders verstanden. Nicht als Gegenstand der Aufarbeitung, sondern als Grund, sich als Sieger zu fühlen. Denn die Deutschen, die einen großen Komplex hatten, weil sie keine Revolution gehabt hatten, bekamen plötzlich die Revolution des Jahres 1989, was meiner Meinung nach dem gesamten deutschen Bewusstsein ein Argument für die Normalisierung lieferte. Wir hatten hier also Demokratie, vielleicht war das noch ein bisschen wie in der Schule, aber das war ein weiterer Beweis dafür, dass wir Deutschen die Freiheit lieben. Wir haben endlich eine gelungene Revolution.

Ein zweiter Faktor war sehr wichtig. Meiner Meinung nach begann die Diskussion über die Opfer mit der Diskussion über die DDR. Nachdem in der westdeutschen Presse das erste Mal von der „Stasi-Gesellschaft“ die Rede war – und zwar auf dem Titelbild des *Spiegels* –, nahm man plötzlich wahr, dass es nicht stimmt, dass die DDR-Bürger Täter sind. Man bemerkte, dass die Deutschen in Ostdeutschland Opfer sind. Dass es massenhaft zu schrecklichen Vergewaltigungen von Frauen gekommen war, dass es 10 Speziallager gegeben hatte, dass junge Deutsche nach Sibirien deportiert worden waren usw. Das war die erste Diskussionswelle über die deutschen Opfer, denen sicherlich schweres Unrecht zugefügt worden war. Dann kam das Jahr 2003, ein sehr wichtiger Moment. Zunächst das Buch „Der Brand“ von Jörg Friedrich und noch eine zweite Sache, deren Bedeutung Piotr zu unterschätzen scheint, nämlich dass jede größere deutsche Stadt am Jahrestag ihrer Bombardierung sich die erste Seite der jeweiligen Lokalzeitung schenkte, mit riesigen Bildern, Erinnerungen usw. Keine andere Geschichtsdiskussion hat im Grunde eine solche Medienwirkung gehabt, denn sie wurde den lokalen Gegebenheiten angepasst. Hinzuzufügen ist, dass diese Presseerzeugnisse die jungen Menschen erreichten. Natürlich waren das Erinnerungen von alten Leuten, aber sie wurden von jungen Menschen gelesen, denen häufig die Heftigkeit der Diskussion über die nationalsozialistische Zeit fremd war, denn diese Diskussion konnte einfach nicht die ganze Zeit derart intensiv sein. Die jungen Menschen erfuhren jedoch wie schrecklich die Bombardierungen der deutschen Städte gewesen waren, und konnten bei Herrn Friedrich lesen – der übrigens große Verdienste bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus hat –, dass Churchill fast so schlimm wie Hitler ist und Völkermörder war. Nebenbei gesagt, erst in diesem Moment sprang ziemlich schmarotzenhaft Frau Steinbach mit der Vertriebenenproblematik auf den fahrenden Zug auf und erhob den Zeigefinger: Aber wir sind auch Opfer, und begann dabei von irgendeinem Tabu zu sprechen,

das es angeblich jahrelang bei diesem Thema gegeben haben soll. Und so half die Abrechnung mit der DDR den Deutschen, sich nunmehr für „normal“ zu erklären, was hieß, dass sie auch Geschädigte sein konnten.

Und das stieß mit einer Ungleichzeitigkeit der Erinnerung in Deutschland und in Polen zusammen. Die Polen beschlossen nämlich, nach 1989 erst einmal nicht mit den Deutschen über schwierige Angelegenheiten zu sprechen, denn man schloss einen Nachbarschaftsvertrag ab, trat der EU bei usw. Aber das Thema musste wieder hochkommen, denn die Polen hatten im Grunde erst mit dem Jahr 1989 die Möglichkeit, alle diese Themen offen zu diskutieren. Sie beschlossen, mit den Deutschen eine ernsthafte Diskussion über deutsche Themen, über Kriegsthemen zu führen, und sie bemerkten, dass in der deutschen Aufarbeitung das polnische Thema fehlte. Das heißt, in dem Moment, in dem die Deutschen sich ein für alle Mal von einem bestimmten Geschichtsverständnis verabschieden wollten, schienen die Polen auf einmal sich unterhalten zu wollen, und zusätzlich kam das Thema durch das Zentrum gegen Vertreibungen selbst auf die Tagesordnung.

Ich stimme dir, Klaus überhaupt nicht zu, dass das Problem in Polen liegt. Es ist ein sehr wichtiges, aber kein deutsch-polnisches Problem. Denn das Problem ist der Konflikt zwischen der Erinnerung in Mitteleuropa und jener in Westeuropa. Wie der Zweite Weltkrieg zu verstehen ist, darüber haben wir in Europa überhaupt nicht diskutiert. Die Interpretationen, die wir kennen, sind Interpretationen des Kalten Krieges, die bis zum Jahr 2005 Bestand hatten, bis zum Jahrestag des Kriegsendes in Moskau, als es Putin gelang, seine eigene Interpretation durchzusetzen, und alle diese anerkannten, ohne sich groß zu überlegen, worum es sich dabei eigentlich handelt. Und natürlich steht das Jahr 2009 bevor, worüber Piotr Buras gesprochen hat, das Ende der Zeit der Zeitzeugen, der letzte Jahrestag des Kriegsausbruchs, den wir noch zusammen mit der Generation der Zeitzeugen begehen werden.

Dieser Streit zwischen Polen und Deutschen ist ein europäischer Streit über das Verständnis des Zweiten Weltkriegs. Und diese Fragen sind sehr wichtig, Klaus. Ich bin ein überzeugter Anhänger der angelsächsischen Kultur, der an den gesunden Menschenverstand glaubt und daran dass der Herrgott uns mit einem solchen gesunden Menschenverstand ausgestattet hat, der sich nicht unbedingt in irgendwelchen komplizierten theoretischen Überlegungen verlieren sollte. Dieser gesunde Menschenverstand sagt uns, dass die Frage, ob der Zweite

Weltkrieg von uns in Europa als bilateraler Krieg der Verbündeten, einschließlich Stalin, gegen Hitler verstanden werden sollte oder ob es eine historische Tragödie mit drei Akteuren, nämlich zwei schrecklichen Diktatoren und Verbrechern und der demokratischen Welt war, eine ziemlich fundamentale Frage für unser Selbstverständnis und überhaupt das Verständnis der europäischen Demokratie ist. Und noch eine Frage, die eine deutsch-polnische zu sein scheint: Wenn zum Beispiel die Polen mit Moskau über Katyń streiten, sollten sich die Deutschen dann nicht mehr dafür interessieren? Ich bin der Meinung, wenn das die Deutschen nicht angeht, dann diskutieren wir in Europa überhaupt nicht ernsthaft über die Geschichte. Ich glaube, dass wir diesen Streit in Europa austragen, weil wir ein Europa aufbauen wollen. Ich würde mir wünschen, dass die Polen durch die Kraft der Argumente und nicht durch die gezeigten Emotionen, wesentlich überzeugender wären.. Man müsste die verschiedensten Erinnerungslobbys, die es in Europa gibt, identifizieren, und natürlich existiert auch so etwas wie eine polnische Erinnerungslobby, der polnische Blickpunkt, der kein Monopol auf die Wahrheit hat. Es lohnt sich aber auch zu überlegen, was für andere Blickpunkte es gibt. Wie sieht zum Beispiel der Blickpunkt eines Teils der westlichen Linken aus, die verantwortlich ist für die Blindheit gegenüber dem Kommunismus und gegenüber dem, was in Mitteleuropa geschah – und mit den ostdeutschen Oppositionellen beispielsweise verstehen wir uns in dieser Frage ausgezeichnet. Es gibt Deutsche, die bestens verstehen, dass die Aufarbeitung der DDR irgendwie in den Hintergrund gedrängt wurde und dass die Deutschen damit große Probleme haben. Es kommt mir so vor, als wären wir in Polen mit der Aufarbeitung des Kommunismus viel weiter als in Deutschland – trotz der umfangreichen institutionellen Unterstützung dort. In Polen wird das wesentlich ernster genommen. Meinungsumfragen zeigen dagegen – denn es ist wichtig zu wissen, was die Gesellschaften denken –, dass der westdeutschen Gesellschaft die Vergangenheit der kommunistischen DDR im Grunde egal ist, während in Ostdeutschland die DDR-Nostalgie vorherrscht. Und bei uns diskutieren wir über Wielgus, über die Verantwortung der Schriftsteller, die sich von der Staatssicherheit anwerben ließen, usw. Das ist eine sehr wichtige Diskussion, die immer wichtiger für diese Gesellschaft wird. Sie ist aber auch sehr wichtig für Litauen und die Ukraine. Man kann die Ukraine überhaupt nicht verstehen, wenn man nicht anfängt darüber zu diskutieren. Ich glaube, dass wir es hier mit der Diskussion über den Konflikt zwischen der Erinnerung Osteuropas – das die Geschichte völlig anders erlebt hat, auch den Zweiten Weltkrieg – und Westeuropas zu tun haben. Für Mitteleuropa endete der Krieg 1989. Vor uns

liegt ein grundsätzlicher Streit über die Form der europäischen Erinnerung, über die Europäische Union. Und im Zentrum dieses Streites stehen Polen und Deutsche. Und deshalb löst das Zentrum gegen Vertreibungen solche Emotionen aus. Ich selbst habe geschrieben, dass wir es nicht übertreiben sollten, uns nicht ununterbrochen dafür interessieren sollten; statt dessen sollten wir eine eigene Idee, die Geschichte zu interpretieren, entwickeln und nicht nur auf die der anderen reagieren. Dabei haben wir es allerdings mit deutschem Nationalismus zu tun. Frau Steinbach ist nichts anderes als eine gewöhnliche, durchschnittliche, europäische Nationalistin, Herr Fromme ist nichts anderes als ein deutscher Nationalist, und die ganze Kommission aus 30 Bundestagsabgeordneten, der er vorsteht, ist nationalistisch angehaucht. Nur dass man das in Deutschland nicht so sagen darf. Das wäre für die Deutschen schrecklich, denn wenn man einen Deutschen als Nationalisten bezeichnet, heißt das gleich Nazi. Nein, das ist schlicht ein durchschnittlicher, armseliger, dummer europäischer Nationalismus. In diesem Fall ein deutscher Nationalismus. Ich sage aber europäischer Nationalismus, weil das ein europäisches Phänomen ist, unter dem die Europäer zu leiden haben. Und von deutscher Seite gibst du uns einen schlechten Rat, denn ich sage ganz offen, dass ich mich von vielen deutschen Freunden aus der CDU betrogen fühle, die mir vor 5, 6, 7 Jahren, als die ganze Geschichte mit Frau Steinbach begann, gesagt haben: „ignorier das, du weißt, sie spielt keine Rolle“. In Ordnung. Vielleicht spielt sie nicht die Rolle, die ihr gelegentlich auf den ersten Seiten der polnischen Zeitungen zugeschrieben wird oder die sie als Gast der Adenauer-Stiftung in Warschau im ersten Fernsehprogramm hat. Vielleicht sollte man sie einfach nicht einladen. Nichtsdestotrotz ist sie Vorstandsmitglied dieser Partei und nichtsdestotrotz unterstützt der Koalitionsvertrag bis zu Vielleicht hat sie nicht die Bedeutung, die ihr in Polen zugeschrieben wird, andererseits ist sie aber nicht so unbedeutend, dass sie in Deutschland niemand ernst nimmt, schon gar nicht in der CDU. Sprechen wir also Klartext. Deine Überlegungen zu den Imkern, okay, aber der Vertriebenenverband ist kein Imkerverband, sondern ein Residuum des deutschen Nationalismus. Eine sehr wichtige Institution im deutschen Leben, wenn es um die Integration soundsovieler Millionen Menschen geht, gleichzeitig aber ein Residuum dessen, was vom deutschen Nationalismus nach dem Krieg übrig blieb. Übrigens schreibt darüber auch die deutsche Presse, zum Beispiel der *Spiegel* usw. Und gerade in Deutschland übe ich Kritik. Ich denke, dass man nun auch in Deutschland ein Nationalist sein kann, denn das ist leider die europäische Norm. Ich hatte hingegen die Hoffnung gehabt – und das ist eine Ergänzung zu

dem, was ich gesagt habe –, dass die Deutschen mit der Bürde 1933-1945 und mit ihrer Möglichkeit, die DDR-Zeit aufzuarbeiten, so wie Timothy Garton Ash eine DIN-Norm für die Aufarbeitung des Nationalismus entwickeln würden. Die Deutschen wollen jedoch lieber normale Europäer sein, das heißt, sie ziehen es vor, sich etwas Nationalismus zu leisten.

Albrecht Lempp:

Herzlichen Dank. Piotr Buras muss uns in 10 Minuten verlassen. Geben wir ihm 10 Minuten, damit er noch Stellung beziehen kann. Danach können wir mit dieser Diskussion fortfahren.

Piotr Buras:

Ich möchte zu drei Punkten Stellung nehmen, über die Kazik gesprochen hat. Der erste Punkt betrifft die Frage, ob die Veränderungen im Verhältnis zur Vergangenheit in Deutschland tatsächlich etwas mit der Abrechnung mit der DDR zu tun haben. Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall. Es scheint mir, dass die Erinnerung an die DDR sehr schwach ist und dieses Kapitel deutscher Geschichte in der kollektiven deutschen Erinnerung heute wenig Raum einnimmt. Mehr noch, die Zäsur des Jahres 1989, die im polnischen Diskurs, in der politischen Kultur in Polen ein grundlegender Einschnitt ist, funktioniert in Deutschland nach anderen Regeln. Man bezeichnet sie als „Wende“, wodurch die Bedeutung dieser Zäsur stark reduziert wird. Man spricht beispielsweise nicht von der 89er-Revolution, was zumindest von der jüngeren Generation von Intellektuellen, von der ich gesprochen habe, häufig kritisiert wird. Sie sagen, dass das Jahr 1989 ein Gründungsmythos des neuen Deutschlands sein sollte – gewissermaßen statt 1945. Dass dem nicht so ist, betrachten sie als großen Fehler.

Andererseits glaube ich mir die polnischen Reaktionen auf die Forderung, dass das Jahr 1989 statt 1945 zentraler Bezugspunkt sein sollte, vorstellen zu können. Auch hier gibt es also einen Haken. Ich denke jedoch, dass die Abrechnung mit der DDR nicht der Hauptgrund für das veränderte Verhältnis zur Vergangenheit ist. Ich stehe weiterhin auf dem Standpunkt, dass die Elemente, die ich hier genannt habe, eine größere Bedeutung haben.

Der zweite Punkt betrifft das Interesse an der Thematik der deutschen Opfer. Du hast zu Recht von den Städten gesprochen, die an diese Vergangenheit gemahnen. Du hast aber auch gesagt, dass das einen großen Einfluss auf die gesamte Gesellschaft beziehungsweise auf die junge Generation hat. Ich habe ein distanziertes Verhältnis zur Meinungsforschung, aber

gerade zu diesem Thema habe ich ein paar Zahlen parat: 2005, anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes machte das Meinungsforschungsinstitut Allensbach eine Umfrage, in der die Frage „Womit assoziieren Sie den 8. Mai 1945?“ vorkam. Es gab eine ganze Liste mit verschiedenen Assoziationen, und jeder durfte beliebig viele ankreuzen. Das Ergebnis war, dass 74% der Deutschen das Kriegsende mit dem Beginn des Wiederaufbaus, 69% mit Trümmern, 63% mit der Befreiung der Lager, 60% mit der Befreiung von der Nazidiktatur, 34% mit der Niederlage im Krieg assoziierte und 43% dabei an die Vertreibung dachte. Interessant ist aber, dass wenn es um Assoziationen ging, die die Befreiung von der Nazidiktatur betrafen, Generationsunterschiede keine Rolle spielten. Das heißt, 60-70% der Deutschen, ob jung oder alt, behauptete, dass sie 1945 mit der Befreiung assoziieren. Wenn es aber um Assoziationen mit den Luftangriffen, mit der Vertreibung, mit den Gefangenenlagern, mit der Besetzung Deutschlands ging, gab es einen grundlegenden Unterschied zwischen der älteren und der jüngeren Generation. Zum Beispiel sagte 74% der Befragten über 50 Jahre, dass sie das Kriegsende mit den Luftangriffen assoziieren, aber nur 46% der Dreißigjährigen behauptete das. Bei der Vertreibung war das Verhältnis 56%:24%.

Und nun zum dritten und letzten Punkt. Ja, es ist gut, dass du offen über den deutschen Nationalismus gesprochen hast, das heißt darüber, dass die Äußerungen von Erika Steinbach oder vom Abgeordneten Fromme dem europäischen Nationalismus zuzuordnen sind, der mit dem Nationalsozialismus meiner Meinung nach wenig, beziehungsweise in den meisten Fällen überhaupt nichts gemein hat. Es ist jedoch ein Beispiel für den normalen europäischen Nationalismus, der heute Teil der politischen Kultur in Deutschland ist. Ich vermute, dass du auch nicht glaubst, dass das die vorherrschende Strömung ist oder das Bild dieser Gesellschaft als Ganzes wesentlich verändert. Jedoch ist dieser Nationalismus in der öffentlichen Debatte viel auffälliger als früher. Aber das hängt mit dem zusammen, worüber ich vorher gesprochen habe, nämlich mit der Entpolitisierung der Erinnerung und der Lockerung der politischen Korrektheit. Bestimmte Dinge kommen mehr an die Oberfläche, aber weiterhin ist das nicht die dominierende Strömung, sondern nur eine von vielen, die sich zu einem pluralistischen Bild des Vergangenheitsdiskurses zusammensetzen.

Dass der deutsche Nationalismus heute von der politischen Klasse in Deutschland, von den Eliten mehr als früher toleriert wird, gründet meiner Meinung nach auf der Gewissheit, dass

die deutsche Demokratie dauerhaft ist. Es herrscht die Überzeugung, dass Deutschland ein Land wie alle anderen europäischen Länder ist. Exemplarisch für diese Denkweise ist die Rede von Horst Köhler anlässlich des 8. Mai 2005. Sie steht für eine neue Art über Deutschland zu denken, dafür, dass neben der Erinnerung an das Dritte Reich die Selbstgewissheit besteht, dass wir eine „Begabung zur Freiheit“ haben – das ist auch der Titel der Rede –, dass wir zur Freiheit begabt, befähigt sind. Wir haben das in den letzten 60 Jahren bewiesen. Das hat mit dem zu tun, was man einen „Schlussstrich“ nennen könnte. Ein Schlussstrich, der aber nicht gleichbedeutend ist mit der völligen Loslösung von der Vergangenheit, beziehungsweise ihrer Infragestellung, sondern auf der Feststellung beruht, dass eine bestimmte Phase abgeschlossen wurde und Deutschland von nun an an den gleichen Kriterien wie andere europäische Gesellschaften gemessen werden sollte. Meiner Meinung nach ist das momentan die Grundlage eines neuen Konsenses in diesen Fragen.

Klaus Bachmann:

Ich wollte nicht gegen Kazik polemisieren. Ich möchte nur hinzufügen, dass er ein Buch geschrieben hat, in dem er die deutsche Vergangenheitsbewältigung als einzigartig lobt, wie eine europäische DIN oder so etwas. Später habe ich ein Buch geschrieben, in dem ich versucht habe nachzuweisen, dass es nicht so ist, dass man das, was die Deutschen getan haben, durchaus mit dem vergleichen kann, was ihre westlichen Nachbarn getan haben und dass es sogar in sehr ähnlichen Phasen abgelaufen ist, wie in ganz Westeuropa. Das nur als eine Randbemerkung für all jene, denen die Diskussion am Vormittag so gut gefallen hat, darüber, was die Deutschen über Deutschland sagen sollten und die Polen über Polen – das alles wird hier also völlig verwischt und umgedreht.

Zurück zu meinem Hauptthema, der Imkerei. Ich bin nicht imstande zu sagen, ob der deutsche Imkerverband heutzutage wichtig oder unwichtig ist. Ich behaupte nur, dass er heute wesentlich weniger wichtig ist als er es einmal war. Er ist wesentlich weniger wichtig als in den 50er Jahren, als er eine eigene Partei bildete, die Einfluss auf die von der Regierung getroffenen Entscheidungen hatte, als die Regierung Forderungen unterstützte, die offen die Grenzen infrage stellten. Er ist auch wesentlich weniger wichtig als in den 90er Jahren, als der deutsche Imkerverband seine Emissäre zu der deutschen Minderheit in Schlesien schickte, um dort eine Volksbefragung zu organisieren, und zwar über die Zugehörigkeit von Oppelner

Schlesien zu Polen, zu Europa, und ich glaube da war auch noch etwas mit Autonomie, das heißt weder zu Polen noch zu Europa. Und diese Volksbefragung wurde tatsächlich durchgeführt, die Ergebnisse waren jedoch so schlecht, dass sie nie veröffentlicht wurden. Kurz gesagt, damals stellte der Imkerverband offen die polnischen Grenzen in Frage, die territoriale Integrität Polens, und versuchte uns, so muss man das nennen, einen Irredentismus zu bescheren. Das fand einen gewissen Anklang. Und wenn ich es jetzt vergleiche mit dem, was der Imkerverband derzeit in Berlin baut, muss ich sagen, dass das bislang weder eine Bedrohung für die territoriale Integrität Polens ist, noch ein Irredentismus. Darum geht es mir. Natürlich bleibt weiterhin offen, ob das wichtig oder unwichtig ist. Ich möchte nur behaupten, dass der Verband selbst, relativ gesehen, heutzutage wesentlich weniger wichtig ist, als damals, wenngleich er in Polen wesentlich heftigere Emotionen hervorruft als selbst noch 1990. Man muss daran denken, dass damals alle über die Anerkennung der Grenze durch Helmut Kohl geschrieben haben und später über die Gemeinsamkeit der Interessen, und dort passierten ganz andere Dinge, ich behaupte also nur, dass der Verband wesentlich weniger wichtig ist, als er es früher war. Aber ob er überhaupt, absolut wichtig ist, nominal ... Das weiß ich nicht.

Der nächste Punkt. Ich stimme mit dir überein, dass dies kein deutsch-polnisches Problem ist. Genau da will ich hin. Mein Problem ist, dass mir die deutsch-polnischen Diskussionen zu eng werden. Das ist so ein deutsch-polnischer Kiez, wo alles nur in diesem Kontext betrachtet wird und niemand schaut, ob vielleicht irgendwo anders in Europa auch ähnliche Dinge passieren. Und sie passieren. Ich glaube also, dass wir, was das Verhältnis zur Vergangenheit oder die Beurteilung des Zweiten Weltkrieges betrifft, tatsächlich mit so einem Ost-West-Konflikt zu tun haben. Vielleicht nicht in allen Fällen, aber auch die Aussage der lettischen EU-Kommissarin kann ein Beispiel dafür sein.

Kazimierz Wóycicki:

...du meinst jetzt die Äußerungen der lettischen Ministerin auf der Buchmesse in Leipzig, als sie die Nazi-Verbrechen mit den sowjetischen Verbrechen verglich und sagte, dass in ihrem Land die sowjetischen Verbrechen schlimmer als die Nazi-Verbrechen gewesen seien. Das löste damals heftige Proteste in Deutschland aus.

Klaus Bachmann:

Und auch in Westeuropa. Ich kann mich daran erinnern, dass in Frankreich die Zeitungen voll davon waren.

Kazimierz Wóycicki:

Das war 2003.

Klaus Bachmann:

Danke, ja. Ich glaube, das ist so ein Moment, in dem sich das zeigt, und ich denke, in Zukunft wird es mehr davon geben. Ich bin auch nicht imstande zu entscheiden, wer hier Recht hat. Ich weiß nur, dass wenn ich nach Deutschland fahre und mir dort ein Museum für Völkermord ansehen will, dass ich dann ein Holocaustmuseum finde. Wenn ich nach Litauen fahre, vielleicht auch nach Lettland – ich war noch nicht dort – und ein Völkermordmuseum besuchen will, steht dort ein Museum für den Völkermord, der in den 40er und 50er Jahren vom KGB am litauischen Volk verübt wurde. So sieht das aus. Kein Wort über die Juden. Wenn ich in die Ukraine fahre und ein Völkermordmuseum besuche, habe ich dort ein Museum, das die große Hungersnot der 30er Jahre thematisiert. Ich kann nicht entscheiden, wer hier das Recht hat, ein Ereignis als Völkermord zu bezeichnen. Vielleicht alle. Dann aber liegen diejenigen falsch, die sich so empören. Tatsächlich scheint es mir, dass das alles viel komplexer ist und wir hier verschiedene nationale Sichtweisen haben: die lettische, litauische, polnische, deutsche usw. Wenn wir alle die Geschichte der anderen Länder lernen, können wir auch Kompromisse schließen. Ich weiß nicht, ob das, philosophisch gesehen, möglich ist, ob man über die Wahrheit Kompromisse schließen kann. Aber das Problem beruht nicht darauf. Das Problem beruht darauf, dass man in diesen Diskussionen sehr oft davon ausgeht, die Polen würden das in dieser Weise sehen und die Deutschen in jener, und wir deshalb darüber diskutieren und eine gemeinsame Version festlegen sollten. Es ist aber so, dass ich nicht imstande bin, zu entscheiden, wer Recht hat, ich will nur einen Mechanismus zeigen, der hier funktioniert. Nämlich, dass es in sehr vielen Fällen auf der deutschen Seite keine deutsche Seite gibt. Das heißt, dass die Deutschen diese nationale Perspektive oder den Standpunkt, den sie eigentlich vertreten müssten, damit die Polen mit ihnen einen Kompromiss schließen können, nicht einnehmen. Worauf beruht das? Ich mache es mit den Studenten, wenn ich gemischte deutsch-polnische Gruppen habe, oft so, dass ich sie über die

umstrittensten Dinge, wie z.B. über das Zentrum gegen Vertreibungen, diskutieren lasse. Meist muss man den jungen Deutschen zunächst erklären, was das ist. Die Polen wissen das. Und ich schreibe das auf und zeige ihnen anschließend, wer welche Formulierungen gebraucht hat. Und es ist so, dass die Polen zu 90% die Terminologie kollektiver Kategorien gebrauchen: Sie reden von großen Gruppen – wir Polen, ihr Deutsche, das Volk, die Minderheit usw. Die Deutschen wiederum gebrauchen zu 90% eine individualistische Terminologie, so wie es Piotr beschrieben hat. Sie sagen nicht, dass die Deutschen Opfer waren, sondern, dass die Frau Opfer war. Sie sagen nicht, dass die Deutschen ausgebombt wurden, sondern dass Frauen und alte Menschen, die nicht an der Front waren, ausgebombt wurden usw. Sie nehmen diese Kategorien, die ihnen die Polen vorgeben, überhaupt nicht an, und umgekehrt auch nicht. Wenn sie von ihren polnischen Kollegen hören, sie sollen endlich aus der nationalen Perspektive argumentieren, dann sagen sie, es sei Nationalismus. Es ist aber kein Nationalismus. Es ist die nationale Perspektive. Wenn ich eine solche Perspektive habe, teile ich die Welt in Nationen ein. Das heißt nicht, dass ich die anderen bekriegen muss, dass ich glaube, dass alle anderen nichts taugen und mit ihnen einen Krieg anfangen, sondern bloß, dass es eine bestimmte Perspektive ist. Genauso, wie es die Studenten auf der deutschen Seite tun. Sie argumentieren, dass das hilflose Opfer waren, dass es hier um einzelne Menschen geht. Wir sprechen nicht vom Volk, das ist bei uns ein wenig aus der Mode gekommen, wir sprechen von der Gesellschaft. Darauf reagieren die Polen und sagen: „Die entziehen sich der Verantwortung, sie zerfallen in irgendwelche einzelne Menschen, die man für die Geschichte nicht zur Verantwortung ziehen kann, und das sei eben der Beweis dafür, dass die Deutschen die Geschichte relativieren.“ Nur das Problem beruht darauf, dass keine dieser Seiten die Kategorien der anderen annehmen kann, da sich diese gegenseitig ausschließen. Als Universitätslehrer würde ich mir wirklich wünschen, es würde genügen nur zu diskutieren und die in Deutschland Bücher über Katyń lesen zu lassen, dann würden sie die Polen verstehen. Das wäre toll. Das Problem ist aber, dass wenn statt den 6 Büchern über Polen, die jetzt in deutschen Buchhandlungen zugänglich sind, dort 200 oder 250 liegen würden, die Frage, wer das lesen wird, weiterhin offen bleibt. Es wäre kein Problem, in Deutschland eine Zeitung herauszugeben, die täglich lauter positive Informationen über Polen druckt. Natürlich übertreibe ich absichtlich. Wir wissen alle, dass niemand eine solche Zeitung lesen würde, wir können also die Menschen nicht dazu zwingen! Wir können sie nicht zwingen, denn das, worüber wir in Bezug auf die Geschichte diskutieren und wie wir

das tun, nicht davon abhängt, wie diese Geschichte war. Es hängt davon ab, in welcher Situation wir uns heute befinden. Die Geschichte als solche hat keinen Sinn.

In den 50er Jahren war in Deutschland alles national. Diese nationale Perspektive war allgegenwärtig. Man kann eine Zeitung aus den 50er Jahren aufschlagen, und zwar sowohl eine aus der DDR wie auch eine aus der Bundesrepublik, alles wurde in den Kategorien der großen Gemeinschaften beschrieben: das Volk, die Partei, der Staat usw. Heute schlagen wir eine Zeitung auf, egal wo in Deutschland, und wer ist auf der ersten Seite? Der Einzelne. Die Regierung tut in Deutschland nichts mehr. Die Deutschen tun nichts mehr. Bundeskanzler Schröder, Bundeskanzlerin Merkel tun etwas. Die Deutschen sind keine Opfer, die Gruppen sind keine Opfer. Das Opfer, das ist ein einzelner Mensch, der gestern von einem Panzer überfahren wurde, zum Beispiel. So wie es in der Bild-Zeitung oder in Fakt steht. So verändert sich das, und weil sich das verändert, interpretieren wir unsere Geschichte in diesem Lichte neu. Was tun wir jetzt in Deutschland? Wir betrachten die Geschichte des Dritten Reiches mit den Kategorien der Bürgergesellschaft, auf deren Werten wir unsere Gesellschaft errichten. Und diese Werte tragen wir zurück in die Geschichte. Deswegen entstehen solche Fragen wie: „Warum habt ihr Eltern, Großeltern, den Juden nicht geholfen?“ – „Warum habt ihr keine Zivilcourage gehabt?“ Schauen Sie bitte in ein Lehrbuch aus den 30er oder 40er Jahren, in ein deutsches Lexikon, ob dort überhaupt die Kategorie „Zivilcourage“ zu finden ist. Zu dieser Zeit war die Courage rein militärisch. Die Courage, der Mut, beruhte darauf, dass man einen Befehl bekam und sich dafür töten ließ. Es gab keine individuelle Verantwortung. Diese wurde an den Befehlshaber delegiert. Im äußersten Fall an Hitler. Deswegen funktionierte diese Gesellschaft. Wenn damals jemand gekommen wäre und gesagt hätte: „Warum fehlt es dir an Zivilcourage um die Juden zu retten“, hätten die Menschen überhaupt nicht verstanden, wo diese Kategorie herkommt. Es wäre, als ob wir heute sagen würden, dass man bei der deutschen Bundeswehr den Boden mit Zahnpasta putzen soll. In den Kategorien der militärischen Courage, wo Befehle befolgt werden und jede Autorität, wenn sie nur eine Uniform trägt, anerkannt wird, ist das nichts Merkwürdiges – es wurde befohlen, also muss man das tun, offenbar hat es einen Sinn; das zu beurteilen ist nicht meine Aufgabe.

Albrecht Lempp:

Vielen Dank. Ich glaube ich kriege Prügel, wenn ich jetzt nicht mal die Stimme ins Publikum gebe. Bitte sehr Frau Kierzkowska.

Anna Kierzkowska:

Ich arbeite seit 10 Jahren in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau. Diesmal möchte ich aber ein paar persönliche Worte sagen, ohne irgendeine Institution zu repräsentieren. Da wir hier im vertrauten Kreis sind, sollte, so meine ich, ein privater Kommentar zu den hier diskutierten Themen gestattet sein. In dieser Rolle möchte ich zum Teil Bezug nehmen auf das, was Piotr Buras gesagt hat, und dann allgemeiner einige Überlegungen zu dem Gesagten anstellen.

Mir scheint, dass Piotr Buras Recht hat, wenn er davon spricht, dass die Narrative über die Vergangenheit sich in Deutschland verändert haben und jetzt viel individualistischer sind. Bei dieser Gelegenheit würde ich gerne auch die Frage aufwerfen, wie die Narrative über die Vergangenheit in Polen ausgesehen haben. Analysiert man einen solchen Begriff wie Freiheit, dann scheint es einem, dass Freiheit im polnischen Verständnis ihren Ursprung im Individualismus hat. Das heißt im persönlichen Engagement für die „Freiheit von etwas“, z. B. die Freiheit von den Teilungsmächten, die Freiheit vom kommunistischen System. Dagegen könnte man die These aufstellen, dass die Freiheit in Deutschland als „Freiheit zu etwas“ aufgefasst wird, das heißt als Freiheit, in der konkrete Ziele angestrebt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Freiheit untrennbar mit den Begriffen Sicherheit, Stabilität und Demokratie verbunden. Deutschland hat gegenwärtig einen solches Maß an demokratischer Stabilität erreicht, hat ein derart gefestigtes demokratisches System, dass es sich erlauben kann, nationale Themen in der öffentlichen Diskussion zuzulassen sowie seine Identität auf den eigenen Leistungen und der eigenen Nachkriegsidentität aufzubauen. Diese Situation in Deutschland weckt in Polen zugleich eine gewisse Besorgnis, die man beim Namen nennen sollte. In Polen geht man im Umgang mit den historischen Narrativen, der nebenbei gesagt individualistischer war, davon aus, dass wir es sind, die ein ungeschriebenes Monopol auf die historische Wahrheit haben. Wir fühlen uns durch das im Zweiten Weltkrieg erfahrene Leid dazu berechtigt, und die Tatsache, dass in Deutschland ein neuer Typ von Narrativen erscheint, ruft in Polen Besorgnis hervor. Man befürchtet, dass die bisherigen

polnischen Narrativen von den Deutschen aufgegriffen und dominiert werden, und dass die Stimme Polens somit kein Gehör mehr findet.

Da wir uns hier im Kreis von Experten befinden, die sich mit deutsch-polnischen Themen beschäftigen, würde es sich lohnen darüber nachzudenken, wie wir den Dialog mit Deutschland führen sollten, damit darin auch polnische Themen, die polnische Perspektive und polnische historische Narrative Berücksichtigung finden. Dabei stellt sich die Frage, welches Ziel wir dabei verfolgen sollen? Ich persönlich teile nicht die Ansicht, dass man sich mit der Geschichte befasst, um einen Kompromiss zu schließen, da es schwierig sein dürfte, in einer Atmosphäre von Missverständnissen und gegenseitiger Unkenntnis der Geschichte zu einer solchen Übereinkunft zu kommen. Wir können uns allerdings bemühen, die historischen Narrative Polens in individualistische Narrative einzubauen, die in Deutschland funktionieren. Nicht um einen Kompromiss zu finden, sondern um das Geschichtsverständnis des Nachbarn besser kennen zu lernen, sowie um historische Fakten darstellen zu können und auf die Argumente der anderen Seite Antworten zu finden, die auf Tatsachen gründen.

Klaus Bachmann hat behauptet, dass es im Grunde in den Narrativen keinen Objektivismus gibt – egal ob es um die Arbeit der Journalisten oder der Historiker geht –, dass es einen solchen Objektivismus nicht gibt, sondern nur Subjektivismus existiert. Er hat auch die Frage gestellt, wann genug Informationen über ein anderes Land beziehungsweise über das Thema Zweiter Weltkrieg vermittelt werden, wo sind die Grenzen, dass man sagen kann: Es gibt genug Informationen. Meiner Meinung nach lohnt es sich, daran zu erinnern, dass es zwar keinen Objektivismus gibt, dafür aber einen großen Unterschied zwischen dem Subjektivismus und dem Gebrauch bestimmter Stereotype. Ein Journalist schreibt natürlich subjektiv, jedoch sollte er bestimmte Stereotype nicht verwenden, die den Diskurs zuspitzen. Für einen Journalisten, der in der deutschen Presse über polnische Themen schreibt, lohnt es sich, sich die in Polen allgemein verbreitete moralische Einstellung zu eigen zu machen, nach der die Grenze meiner Freiheit dort ist, wo die Freiheit des anderen beginnt. Es kann auch eine einzelne Person sein, es muss nicht unbedingt ein größerer Teil der Gesellschaft sein, dem man auf die Füße tritt, so dass er aufschreit. Das ist einfach dieser individuelle Raum der Freiheit. Deshalb schreit auch Polen auf, weil es sich in diesem individualistischen Diskurs, in diesem Geschichtsdiskurs, auf die Füße getreten fühlt. Es ist also an der Zeit, dass wir uns

überlegen, wie wir diese Narrative gemeinsam erzählen können, so dass sie bestimmte Unterschiede nicht verschärfen, sondern erklären. Meiner Meinung nach ist es Aufgabe des Journalisten nicht nur zu informieren, sondern auch neue Informationskanäle aufzubauen. Schließlich ist es einfach, in der Außenwelt die eigenen Stereotype, die man aus der Vergangenheit, von zu Hause, von der Straße mitbringt, bestätigt zu finden, wesentlich schwieriger ist es aber, sich von ihnen zu lösen. Auf beiden Seiten.

Kazimierz Wóycicki:

Klaus, ich habe nur eine Anmerkung, ohne groß polemisieren zu wollen. Du scheinst mir zu stark zu relativieren. Natürlich, wenn man die Presse der Fünfzigerjahre liest, das ist eine andere Sprache, und jeder Historiker weiß, dass man unsere heutigen Beurteilungskriterien von Presseartikeln nicht auf die Sprache der Fünfzigerjahre übertragen kann, die in ganz Europa sehr national war. Man benutzte damals andere Kategorien. Man braucht hier nicht die Kategorie der Relativität einzuführen, sondern sich bloß der Methoden eines Historikers zu bedienen, der weiß, dass die öffentliche Sprache sich stark verändert.

Klaus, du kannst fragen, ob ich zufrieden wäre, wenn es 15% oder vielleicht 14% wären usw. Man kann auf diese Weise diskutieren, aber es genügt einfach, die Lehrbücher zur Hand zu nehmen und sie zu lesen, und dann gibt es nichts mehr zu relativieren. Ich kann euch eine kuriose Geschichte erzählen. Es wurden solche Forschungen zum Thema Sachsen gemacht. Der Vertreter der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission stellte sie vor. Die Sachsen waren beleidigt, fühlten sich von uns angegriffen, sie sagten, warum macht ihr das nicht mit anderen Bundesländern. Die Antwort war einfach: Die Wahl war einfach auf Sachsen gefallen. Aber sie waren sehr ehrlich – sie stellten selber solche Forschungen an. Damit nicht genug. Ein halbes Jahr später schickten sie mir eine E-Mail, in der sie schrieben, dass der Bericht der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission noch untertrieben war. Um die Vermittlung von Wissen über Polen und Mitteleuropa ist es einfach miserabel bestellt. Das ist seit dem 19. Jahrhundert so, und es gibt auch sehr seriöse wissenschaftliche Forschungen zum Thema Stereotype usw. Ich halte das alles, was sich momentan abspielt, für einen vorübergehenden Sturm in den deutsch-polnischen Beziehungen. Es ist jedoch an der Zeit, dass wir uns in Europa gemeinsam – und nicht die Polen die Deutschen – fragen, wie das mit diesem Stereotyp des Ostens in Deutschland ist. Wie ist das? Und was machen damit im sich

integrierenden Europa wichtige Institutionen, wie es Schulen sind, wichtige Forschungen zur Medienberichterstattung usw. Du bist auch Wissenschaftler, du weißt, dass es so etwas wie strukturelle Untersuchungen gibt, Untersuchungen des vorherrschenden Diskurses usw. und nicht alles relativiert sich, nachdem man 100 oder 200 Artikel analysiert hat, kann man gewisse Dinge sagen, ein bestimmtes Begriffsraster unter die Lupe nehmen. Es gab z. B. objektive, wissenschaftliche Forschungen, die eindeutig zu dem Ergebnis kamen, dass der *Spiegel* xenophob antipolnisch ist, was er auch ist. Ich habe darüber mit *Spiegel*-Redakteuren gesprochen. Sie haben dafür eine prima Erklärung: „Wir sind allen gegenüber so.“ Nur kann man das nicht alles wieder relativieren, denn wenn die polnische Zeitung *Rzeczpospolita* irgendwelchen polnischen Erscheinungen gegenüber boshaft ist, ist das etwas anderes, als wenn sie den Ukrainern gegenüber boshaft ist. Hier muss man den gesunden Menschenverstand walten lassen. Ich glaube, unsere Schuld liegt darin, dass wir Polen die schwierigen Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht formulieren und nicht untersuchen. Die ersten ordentlichen Untersuchungen sind die Forschungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten. Sie wurden zweimal wiederholt. Meiner Meinung nach sollten sie alle zwei Jahre systematisch wiederholt und diskutiert werden. Wir sollten den Mut haben, der deutschen Seite gegenüber bestimmte Sachen zu sagen. Welcher deutschen Seite? Schulen, gelegentlich Regierungsinstitutionen, staatlichen Einrichtungen usw. Einen solchen Dialog mit den Deutschen muss man in Polen lernen. Ich bin jedoch dagegen, die deutsche Seite anzuschreien, was leider gelegentlich passiert.

Du hast jetzt vom Problem der Gemeinschaft usw. gesprochen, Klaus. Also, ich fühle mich als polnischer Bürger. Dagegen bin ich der Ansicht, dass, wenn jemand allzu sehr Individualist ist, das keine positive Eigenschaft ist, weil, wenn man Bürger eines bestimmten Landes ist, das verpflichtet zu etwas. Ich bin Mitglied einer bestimmten Mannschaft, die ich repräsentiere. Ich muss sie keineswegs loben, aber irgendwie repräsentiere ich sie, trage ich die Verantwortung für das, was hier geschieht. Wenn diese Identifikation nationalistisch ist, ist das ganz schlecht, aber wenn sie fehlt und man durch und durch Individualist ist, und mich das Verhalten der Gemeinschaft überhaupt nichts angeht, lösen wir damit die politische Materie, die öffentliche Meinung auf, und das ist genauso schlecht. Ich fürchte jedoch, dass das in Deutschland gelegentlich durch eine Art Flucht passiert.

Und noch etwas. Es gibt so etwas wie Taktgefühl, und dieses Taktgefühl ist in Deutschland sehr häufig verloren gegangen. Sehr häufig, das ist eine weit verbreitete Erfahrung, erzählen die Deutschen, die vertrieben worden sind, von ihren Leiden. Wir begannen über die uns besuchenden deutschen Reisegruppen nachzudenken, und was tun sie. Das sind sehr interessante Gruppen, die die Orte besuchen, aus denen sie stammen, und im Grunde ist das alles nützlich, aber sie erzählen unablässig davon, was sie erlitten haben und stellen eigentlich nie Fragen: Und was haben die Polen erlitten? Diesen Reflex haben sie nicht. Die Polen hören zu, weil sie am Kontakt interessiert sind, denn sie wohnen in diesen ehemals deutschen Städten, aber unter den Vertriebenen gibt es sehr wenig Takt. Also gut. Ich fahre in irgendeinen Ort, zu irgendwelchen Leuten, erzähle meine Geschichte, aber vielleicht haben die anderen auch etwas erlebt, wonach ich fragen sollte, und vielleicht sollte ich nicht nur darüber erzählen, was ich erlitten habe. Und das ist eine häufig gemachte Erfahrung.

Ich glaube, dass wir uns mit alldem beschäftigen sollten, damit beginnen sollten, das ordentlich zu untersuchen und offen auf den Tisch zu legen. Nicht um sich zu streiten, du hast natürlich recht, dass es in alldem keine Deutschen und Polen gibt, sondern nur die unterschiedlichsten Lobbys, gelegentlich fühlen sich manche Polen irgendwelchen Deutschen näher als den eigenen Landsleuten, gelegentlich fühlen sich Deutsche manchen Polen näher. Paradoxerweise ist Frau Steinbach in bestimmten Bereichen Herrn Giertych sehr nahe. Die Schwäche der polnischen Seite ist es, dass sie nicht entsprechende Forschungen durchführt und nicht entsprechend gute Argumente benutzt. Die Polen sind manchmal irritiert und geben – wenn es mehr der Argumente und weniger der Emotionen bedurft hätte – in ihrer Wut bestimmte unüberlegte Sachen von sich. Ich möchte jedoch kein Relativist sein, denn das führt zu keiner guten Politik. Lernen wir im deutsch-polnischen Dialog auf beiden Seiten gut zu argumentieren. Das ist ein wesentlich besserer Weg, um sich näher zu kommen, als es die Emotionen sind.

Krzysztof Tokarz:

Ich werde mich kurz fassen und ihre kostbare Zeit nicht allzu lange in Anspruch nehmen, aber ich habe konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem Redebeitrag von Herrn Bachmann.

Der Vergleich mit den Imkern hat mir sehr gut gefallen, denn er ist sehr anschaulich, soziotechnisch geradezu hervorragend. Sie haben in dem Zusammenhang gesagt, dass die Polen mit dem Zentrum gegen Vertreibungen ein Problem haben. Hier stimme ich mit Ihnen hundertprozentig überein. Die Polen haben hier tatsächlich ein Problem, das ist ganz offensichtlich, und darin liegt vermutlich das eigentliche Problem. Die ganze Problematik der Aussiedlung, der Vertreibung, und der Bombardierungen sind im Grunde eine Folge des Zweiten Weltkriegs. De facto ist das ein innerdeutsches Problem, das zum Teil auf Polen und Tschechien abgewälzt wurde. Damit kommen die Polen vielleicht nicht zurecht. Unsere Diskussion in Polen darüber ist auch nicht ideal, möglicherweise zu emotional. Hier taucht dann das quantitative Argument auf, ob Frau Steinbach und der Imkerverband, nennen wir ihn mal so, in Deutschland mehr oder weniger bekannt ist, aber eigentlich ist das überhaupt kein Argument, hat das für die ganze Situation keinerlei Bedeutung. Herr Wóycicki hat hier von Straßburg gesprochen. Ich weiß nicht, was für Urteile dort gefällt werden. Ob sie zugunsten oder zuungunsten Polens ausfallen, das hat im Grunde auch keine Bedeutung. Allein die Tatsache, dass die Polen überhaupt sich mit eigentlich innerdeutschen Problemen beschäftigen müssen, ist ein bis heute ungelöstes Problem, mehr gibt es da nicht zu sagen.

Gabriele Lesser:

Klaus hat gesagt, das Problem liege auf der polnischen Seite. Kazik hat gesagt, das Problem liege auf der deutschen Seite.

Ich glaube aber, dass das nicht eine Frage der polnischen oder deutschen Seite ist.

Fast alle diese Probleme sind sowohl polnisch-deutsche, deutsch-deutsche als auch polnisch-polnische Probleme.

Ein konfrontatives Gespräch bringt meiner Meinung nach nichts. Wir sollten in der Tat den „gesunden Menschenverstand“ behalten, in Ruhe miteinander sprechen und nicht immerfort wiederholen, dass hier die Deutschen schuld sind und dort die Polen. So lösen wir kein einziges Problem.

Sonja Volkmann-Schluck (vom SWR):

Mir scheint, dass es sich hier um einen ganz normalen Prozess handelt. Wenn man sich überlegt, wie sehen wir die Probleme, die wir jetzt haben, in zehn oder 20 Jahren, dann lässt sich vielleicht sagen: Beide Länder sind dabei, ihre Rollen neu zu definieren, weil Polen jetzt in der EU ist. Und dass die Länder ihre Rollen bisher nicht neu definiert haben, weil man immer auf diesen EU-Beitritt hingearbeitet hat. Polen hat da sehr viel geschluckt, um in die EU zu kommen. Deutschland hat sich in diesem Prozess immer als Helfer empfunden, damit Polen schnell in die EU kommt. Jetzt wollen beide oder sollten beide gleichberechtigte Partner in der EU sein. Und das klappt irgendwie nicht so ganz, weil sie ihre alten Rollen noch nicht abgeworfen haben und sie neue auch erstmal finden müssen. Die Polen sagen, wir wollen gehört werden, wir wollen auch ernst genommen werden. Andererseits beschuldigt die polnische Regierung deutsche Medien mit Worten wie „Stürmer“ und bezeichnet die deutsch-russischen Beziehungen mit „Hitler-Stalin-Pakt“. Sie beruft sich also wieder auf diese alten historischen Probleme. Auch die Deutschen behandeln Polen oft noch nicht als wirklichen Partner, die Polen fühlen sich oft nicht ernst genommen. Es gibt von deutscher Seite immer noch so eine Hochnäsigkeit gegenüber Polen. Andererseits geht Polen mit Deutschland jetzt auch härter ins Gericht. Und Deutschland sagt, Polen gehört jetzt zur Familie der EU, also dürfen wir umgekehrt Polen auch härter kritisieren als bislang. Vor dem EU-Beitritt hat man sich mehr zurückgehalten. Da gibt es Widersprüche, wie man sich verhalten soll gegenüber dem anderen.

Diese Konflikte werden natürlich auch in den Medien sehr stark betont, denn die Medien funktionieren nun mal so. *Bad news are good news*. Wenn es einen Konflikt gibt, dann ist es immer sehr dankbar, dann hat man eine gute Schlagzeile, dann gibt es so ein Schwarz-weiß-Bild, und das ist die Logik der Medien. Ich glaube, wenn man das weiß, dann kann man das auch ein bisschen gelassener hinnehmen. Ich denke mir, dass in den kommenden Jahren die Frage der Vertreibungen in den Hintergrund tritt. Es kommen ja in der Zukunft viele gemeinsame Probleme auf uns zu, die sich im Rahmen der Europäischen Union stellen. Wie gehen wir mit Asien um? Wie gehen wir mit der Globalisierung um? Brauchen wir eine gemeinsame Russland-Politik? Es gibt ja bereits Absichten für solche gemeinsamen Ansätze, zum Beispiel in der Energiepolitik. Ich denke, diese gemeinsamen Probleme sind eine Chance, dass Deutschland und Polen mehr zusammenarbeiten. Es werden ja auch wieder andere Regierungen kommen. Auf lange Sicht bin ich da nicht so pessimistisch. Ich glaube

auch, dass es eine große Chance ist für Polen, eine europäische Nachbarschaftspolitik zu entwickeln gegenüber der Ukraine und Weißrussland. Wir sollten versuchen, die Zukunft trotz der ganzen Debatten zur Vergangenheit, die bestimmt wichtig sind, nicht aus dem Auge zu lassen.

Albrecht Lempp:

Meine Damen und Herren! Es war ein langer Tag. Ich habe mir vorhin überlegt, wie bringe ich das zu Ende, denn ich hätte mir nicht zugetraut, eine kohärente, kompakte Zusammenfassung des heutigen Tages zu geben. Jetzt haben wir gerade diese sehr elegante Übersicht mit dem Hinweis auf die Bedeutung gemeinsamer, künftiger Aufgaben bekommen. Ich erlaube mir, dies einfach zum Schlusswort zu erklären. Gleichzeitig sage ich von mir aus nur noch zwei Dinge: Ich schließe mich Herrn Schuller an, wenn er sagt, dass er häufig das Herumsitzen auf Podiumsdiskussionen als Zeitverschwendung empfindet, es ihm heute aber anders ergangen ist. Ich habe das auch so empfunden: Unsere Gespräche waren interessant und nützlich. Und dafür, und das ist mein zweiter Satz, bedanke ich mich bei allen Gesprächsteilnehmern hier auf dem Podium und uns gegenüber im Publikum. Vielen Dank!